7. Jahrg., Nr. 22, Sept. 1994

studienbibliothek*info*

Bulletin der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Zürich

Editorial

Historische und aktuelle Themen, die wir in diesem Info vorstellen, sind Ausdruck unserer gegenwärtigen Arbeit in der Studienbibliothek. Kontinuierlich erfassen wir Nachlässe, die uns anvertraut wurden und werden, um sie so öffentlich zugänglich zu machen. Bücher, die unsere Sammelgebiete betreffen, stellen wir vor, Veranstaltungen, die uns und vermutlich auch andere interessieren, machen wir bekannt. Aber neben alldem wollen wir auch unseren Standpunkt zu aktuellen politischen Fragen deutlich machen. So hat Jürg Frischknecht für uns einen engagierten Text geschrieben, in dem er eindringlich den Gang zur Urne am 25.9.94 einfordert, damit das «Ja» zum Antirassismus Artikel mit einer eindeutigen Mehrheit ausfällt. Wie wichtig dies ist, zeigt derzeit eine Ausstellung in Singen a.Hohentwiel. «Grenzwege: Widerstand an der Schweizer Grenze 1933 - 1945».* Diese Woche konnte dort der 10'000 Besucher begrüsst werden, darunter waren fast die Hälfte Schweizer, die sich für den antifaschistischen Widerstand während des Nationalsozialismus in dieser Grenzregion und ganz besonders auch für die Flüchtlingspolitik der Schweiz in dieser Zeit interessierten. Ich selbst erlebte in einer Diskussion (im Rahmenprogramm der Ausstellung) mit 16jährigen Schülern nach dem Film «Das Boot ist voll» wie die Beschäftigung mit der Geschichte Fragen und Vergleiche zur derzeitigen Asylpolitik geradezu aufdrängt. Dies gleichermasssen in Deutschland wie in der Schweiz.

Und auch Italien beschäftigt uns nicht mehr nur als angenehmes Touristenland oder weil die KP dort anders ist als überall sonstwo. Leider nein, auch hier scheint sich vergangengeglaubtes zu wiederholen oder ähnliches neu zu formieren. Im Oktober (s. Seite 24) lädt die Studienbibliothek mit anderen Organisationen ein in der Roten Fabrik über «Italien - Kann der Faschismus Fuss fassen» zu diskutieren.

Zum Schluss eine herzliche Einladung an unsere Leser und Leserinnen. Am 29. September stellen wir zusammen mit dem Limmat Verlag und der Pinkus Genossenschaft die 2. erweiterte Auflage des seit langem vergriffenen Buches «Amalie und Theo Pinkus-De Sassi: Leben im Widerspruch» vor (s. ebenfalls Seite 24). Das Buch kann ab sofort bei uns bestellt werden.

Brigitte Walz-Richter

*Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Stadt Singen. Di - So 10 bis 18 Uhr im Kulturamt und am Bahnhof Singen, bis zum 25. 9. 94. Zur Ausstellung ist ein Katalog (20,-) erhältlich, zu beziehen auch über die Studienbibliothek.

Am 25. September:
Ja zum Antirassismus-Gesetz

Am 4. Dezember:
Nein zu den Zwangsmassnahmen



Foto: Marie-Anna Gneist. Die ehemaligen Schweizer Spanienfreiwilligen anlässlich der Hommage vom 23. April 1994 vor dem Mittagessen im traditionsreichen Coopi. (s. Bericht auf den Seiten 7/8)
(V.l.n.r.:) Henri Oberson, Jo Marbacher, Ruedi Gerber (halb verdeckt), Edy Ruchti, Fridolin Grob (halb verdeckt), Arthur Schultheiss, Hedy Enderle (verdeckt), Hermann Alt, Martha Kummerer-Waldmeyer, Hans Hutter (verdeckt), Maruja Hunziker-Delicado, Meinrad Zosso, Ernst Stauffer, José Duharte, Senator von Malaga, Marcel Borloz, Hans Kamber (leicht verdeckt), Walter Graber, Otto Hafner.

Ja zum Antirassismus-Gesetz,

Nein zu den Zwangsmassnahmen

An die Urnen - In der Tradition des Antifaschismus

In den dreissiger Jahren diskutierten die Frontisten, wie die hiesigen Nazis hiessen, «die Judenfrage». Heute versuchen neue Fröntler und Rassisten, «die

■ von Jürg Frischknecht

Negerfrage» hochzuschaukeln. In ihren Augen sind die Menschen nicht gleich, und «liberté-égalité-solidarité» führen zur «Rassenvermischung». Die militanten Rassisten bleiben nicht in Wortgefechten stecken. In den letzten Jahren gab es auch in der Schweiz hunderte von rassistischen Übergriffen; sieben Menschen nicht-weisser Haut verloren ihr Leben. Für die europäische braune Szene ist die Schweiz zudem ein wichtiges Hinterland, aus dem heraus anderswo verbotene Schriften wie «Die Auschwitzlüge» vertrieben werden. «Bei uns gibt es keine verbotenen Bücher», wirbt das Lausanner Faschistenblatt «Courrier du Continent» in deutschen Naziblättern.

Noch nicht verboten. Am 25. September stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über ein Antirassismus-Gesetz (ARG) ab. Dieser neue Artikel des Strafgesetzbuches stellt dreierlei unter Strafe: die öffentliche rassistische Hetze, das Verweigern von öffentlichen Dienstleistungen aus Gründen «der Rasse, der Ethnie oder der Religion» sowie das Verbreiten der sogenannten «Auschwitzlüge». Diese Versandhändler müssten künftig mit einem Verfahren rechnen, ebenso der Bademeister, der Tamilen nur donnerstags ins öffentliche Schwimmbad lässt, aber auch eine «Patriotische Front», die im ersten Punkt ihres Parteiprogramms «die Vorherrschaft der weissen Rasse» forderte.

Wird das ARG am 25. September angenommen, so kann die Schweiz den Beitritt zur UNO-Konvention gegen Rassendiskriminierung endlich vollziehen - und damit den Austritt aus dem peinlichen Klub der Länder, die noch immer abseits stehen: die USA, die Türkei, Südafrika, die Schweiz und wenige fernöstliche Länder.

Eine sehr breite Koalition vertritt in diesen Tagen das Ja zum ARG. Offen bekämpft wird das Gesetz lediglich von unverbesserlichen Auschwitzleugnern, antisemitischen Figuren und versprengten Unheimlichen Patrioten. Die Linken und Liberalen, die seit zwei Jahrzehnten immer wieder den Beitritt zur UNO-Konvention gefordert haben, sehen sich plötzlich in einer irritierend breiten Koalition: zusammen mit dem Rechtspopulisten Christoph Blocher, der jetzt Ja zum ARG sagt, damit er seine hängige Initiative zur nochmaligen Verschärfung des Asylrechts dereinst besser verkaufen kann, und mit dem schweizerischen Justizminister Arnold Koller, dem Vater der «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht», also jenes krass diskriminierenden Schnellgesetzes, über das wir am 4. Dezember abstimmen. Mit Koller und Blocher im selben Boot?

Die dümmste Reaktion auf diese ungewohnte Bündnissituation wäre, am 25. September nicht an die Urne zu gehen. Wir brauchen ein kräftiges Ja zum Antirassismus-Gesetz. Weil die Ächtung von Rassendiskriminierung in einer demokratischen Gesellschaft ein Minimum ist. Weil ein Ja ein entscheidendes Signal für eine offene, nicht ausgrenzende Gesellschaft ist. Weil ein Nein ein katastrophaler Freipass für die wieder dreister auftretenden rassistischen und antisemitischen Kräfte wäre. Unser Ja liegt in der Tradition des Antifaschismus. Ein halbes Jahrhundert nach dem Zusammenbruch von Faschismus und Nationalsozialismus ist es erneut nötig, ein Zeichen zu setzen. Der Ausgang dieser Abstimmung wird das politische Klima in der Schweiz auf Jahre hinaus mitprägen.

Je höher das Ja am 25. September ausfällt, desto eher werden wir von diesem Staat auch eine nicht-diskriminierende AusländerInnen-Politik einfordern können - und desto besser werden wir die unerträglichen Zwangsmassnahmen bekämpfen können, dieses unwürdige schweizerische Apartheidsgesetz.
Am 25. September bekennt sich die offizielle Schweiz zu den Menschenrechten und hängt sich ein antirassistisches Mäntelchen um. Doch die bürgerliche Mehrheit dieser offiziellen Schweiz will anschliessend die menschenverachtenden «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht» durchziehen. Unsere Antwort ist klar: Wir sagen Ja zum Antirassismus-Gesetz, aber ebenso konsequent Nein zu den Zwangsmassnahmen. Unsere Rede ist nicht Ja-Ja, sondern Ja-Nein.

Am 25. September:
Ja zum Antirassismus-Gesetz

Am 4. Dezember:
Nein zu den Zwangsmassnahmen

Carola Bloch (22.1.1905-31.7.1994)
Robert Jungk (11.5.1913-14.7.1994)

«...es ist die sich tätig begreifende Menschlichkeit.»
(Ernst Bloch, Prinzip Hoffnung, S. 217)

Sie waren beide über achtzig Jahre alt. Beide waren bis zum Schluss politisch (nicht parteipolitisch) aktiv und beide waren sie Vorbilder für viele junge Menschen. Gemeinsamkeiten gibt es noch mehr: beide waren Juden und mussten aus rassistischen und politischen Gründen aus Deutschland emigrieren. Und beide waren auch Optimisten - nicht im Sinne von naivem Glauben - vielmehr im Wissen um die Unzulänglichkeiten der Menschen, der politischen Systeme und dem Zustand der Welt. Aber von einer grossen Hoffnung getragen, dass es auch nur Menschen sein können, die Veränderungen bewirken, liessen sie trotz vieler Enttäuschungen nicht nach, einzustehen für Veränderbarkeit. Robert Jungk, der früh auf die Gefahr der Atomkraft hinwies und in späteren Jahren mit seinen Zukunftswerkstätten den Weg wies für eine andere politische Tätigkeit, die nicht Parteien und Ideologien in den Mittelpunkt stellte, sondern den Menschen. Carola Bloch, die lange Zeit in der KPD und später in der SED Parteimitglied war, hat sich nach ihrem Rausschmiss nicht dem Rückzug und der Enttäuschung hingegeben, sondern engagierte sich für die Revolution in Nicaragua und in der Gefangenenhilfe. Ihrem Motto getreu «Gehe nicht zu denen, die Du brauchst, sondern zu denen die Dich brauchen» wurde sie in ihrer unmittelbaren Umgebung Ratgeberin und Gesprächspartnerin. Robert Jungk und Carola Bloch waren Freunde von Theo und Amalie Pinkus und ein Stück ihrer Zuversicht und Hoffnung begleitete auch das Projekt Studienbibliothek. Wir haben zwei Menschen verloren, denen wir zu Dank verpflichtet sind und deren Leben uns der Zukunft verpflichtet.

Studienbibliothek

«Stalins Schatten in die Schweiz»
Lese- und Diskussionszirkel
zum gleichnamigen Buch von Peter Huber.

Wir möchten ab November an mehreren Abenden einzelne Aspekte aus dem umstrittenen Buch näher anschauen und kritisch diskutieren. Die Arbeitsweise und die Themen sind noch völlig offen. Wir suchen noch Interessenten/Interessentinnen, die Spass und Lust an einer gemeinsamen Lektüre und Aussprache haben.

Studienbibliothek
Quellenstr. 25 (Hinterhof), 8005 Zürich
☎ 01/271 80 22

Im Kampf gegen Hitler: Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933 bis 1940

«Die Schweiz ist ein Land, das berühmt dafür ist, dass sie dort frei sein können. Sie müssen aber Tourist sein», so umschreibt Bertolt Brecht ironisch seine

■ von Hermann Wichers

Erfahrungen mit dem Exilland Schweiz, der ersten Station seiner Flucht vor der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Diese Äusserung zeigt die Enttäuschung vieler Flüchtlinge aus Deutschland im Frühjahr und Sommer 1933, galt ihnen die Schweiz doch als das klassische Exilland in Europa schlechthin. Kaum jemand hätte es für möglich gehalten, dass sie ihre Tore vor hilfesuchenden politischen Flüchtlingen weitgehend verschloss und sich lediglich als Transitland verstand. So wirkte die Flüchtlingspolitik von Bund und Kantonen für die allermeisten als unmittelbare und katastrophale Reaktion auf die Ereignisse in Deutschland. Tatsächlich bildete sie aber den konsequenten Schlusspunkt einer seit der Jahrhundertwende virulenten Überfremdungsdiskussion», die sich nach dem Ersten Weltkrieg unheilvoll mit dem Bild des ausländischen Revolutionärs als Drahtzieher von Landesstreik und sozialen Unruhen verband. Die Folge war eine immer strengere Ausländerpolitik, welche im Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom März 1931 gipfelte, das die Behörden verpflichtete, bei der Erteilung von Bewilligungen «die geistigen und wirtschaftlichen Interessen sowie den Grad der Überfremdung des Landes zu berücksichtigen».

Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme versucht die Arbeit, Leben und Wirken der sozialdemokratischen und kommunistischen Flüchtlinge in der Schweiz nach 1933 aus drei Perspektiven anzugehen: Einer Analyse der konkreten Ausformung der Flüchtlingspolitik im Frühjahr 1933, ihrer ideologischen Wurzeln, ihrer weiteren Entwicklung bis 1940 und der Staatsschutzpraxis gegenüber den Flüchtlingen, einer Untersuchung der Solidarität der schweizerischen Linken mit ihren verfolgen Genossinnen und Genossen und schliesslich einer organisationsgeschichtlichen Aufarbeitung des politischen Exils und seiner illegalen Arbeit.

Die Untersuchung von Flüchtlingspolitik und Staatsschutzpraxis belegt erneut deren restriktiven Charakter. Deutlicher als bisher wird allerdings ihre antimarxistische Ausrichtung sichtbar. Erste Massnahmen richteten sich gegen mögliche politische Aktionen südbadischer Kommunisten und Sozialdemokraten im schweizerischen Grenzgebiet. Ihnen folgten die bekannten Bundesratsbeschlüsse und

Hermann Wichers, geb. 1958, Studium der Geschichts- und Sozialwissenschaften in Bonn, Darmstadt und Basel, 1993 Promotion, Assistent am Historischen Seminar der Universität Basel.

Kreisschreiben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom März/April 1933. Sie unterschieden in verhängnisvoller Weise zwischen politischen und nichtpolitischen Flüchtlingen, womit jüdische Flüchtlinge gemeint waren, denen man generell wirtschaftliche Fluchtmotive unterstellte. Kommunisten galten als nicht «asylwürdig», lediglich Sozialdemokraten und bürgerliche Regimegegner konnten auf eine Anerkennung hoffen. Alle Flüchtlinge unterlagen einem strikten Arbeitsverbot, ihnen war jede politische Tätigkeit verboten und anerkannte politische Flüchtlinge unterstanden der Kontrolle der Bundesanwaltschaft. Ideologische Motive der Flüchtlingspolitik waren die Sorge um die innere und äussere Sicherheit der Schweiz sowie die Abneigung gegenüber «wesensfemden» oder «unschweizerischen Elementen», Codewörter für Juden und politisch missliebige Linke sowie sinnbildlicher Ausdruck von Überfremdungsängsten und Antimarxismus.

Als treibende Kräfte erscheinen auf Bundesebene das Eidgenössische Politische Departement unter Giuseppe Motta, Bundesanwalt Franz Stämpfli, der sich im Lichte neuer Quellen als der eigentliche Konstrukteur» der schweizerischen Asylpolitik des Jahres 1933 erweist, und ihr Exekutor Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sowie Leiter der eidgenössischen Fremdenpolizei. Es wäre aber verfehlt, die Verantwortung zu personalisieren, standen hinter der Flüchtlingspolitik doch der Gesamtbundesrat und die bürgerlichen Parteien mit ihrer Mehrheit in National- und Ständerat. Wichtig ist auch die Haltung der kantonalen Behörden, oblag ihnen doch die praktische Umsetzung der Bundesbeschlüsse. Gerade hier lassen sich grosse Unterschiede ausmachen. Festzuhalten bleibt der Befund, dass sich bis zum Kriegsbeginn 1939 nur vergleichsweise wenige Flüchtlinge in der Schweiz aufhielten. Verschwindend gering war der Anteil anerkannter politischer Flüchtlinge (im Schnitt rund 120 Personen). Zudem garantierte dieser Status weder Rechtssicherheit noch dauernden Aufenthalt. Vielmehr waren auch von der Bundesanwaltschaft anerkannte politische Flüchtlinge im Verständnis der Behörden nichts anderes als «Transmigranten», also ungebetene Gäste auf Zeit. Damit wird die Vorstellung einer trotz aller Restriktionen im Kern erhaltenen Asyltradition nach 1933 in Frage gestellt.

Anhand von mehr als 100 Personendossiers der Bundesanwaltschaft gelang zudem eine Rekonstruktion der Überwachungspraxis der Bundesanwaltschaft. Rigider Antimarxismus und föderales Kompetenzgerangel kennzeichnen das Bild des Staatsschutzes, dessen Effizienz von Zeitgenossen meist überschätzt wurde. Kritisch anzumerken bleiben die spürbare ideologische «Einäugigkeit» sowie die Zusammenarbeit mit rechtsbürgerlichen Organisationen wie dem «Vaterländischen Verband» und ihrer quasi halboffiziellen Observation vermeintlicher Staatsfeinde. In diesem Zusammenhang sei nur am Rande auf das offensichtlich systemübergreifende Phänomen der Denunziation hingewiesen, dem auch Bundesanwaltschaft und kantonale Polizeibehörden zumindest in den 30er Jahren ein Grossteil ihrer Verhaftungs- und Ermittlungserfolge zu verdanken hatten.

Die Untersuchung des zweiten Teils der Arbeit zeigt eindrücklich die grosse Solidarität der schweizerischen Arbeiterbewegung. Forschungsleitende Fragestellung war die letztlich in vollem Umfang bestätigte These, dass ohne die Hilfe ihrer Schweizer Genossinnen und Genossen das materielle, soziale und politische «Überleben» der meisten Flüchtlinge kaum möglich gewesen wäre. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen das Wirken der sozialdemokratischen «Schweizerischen Flüchtlingshilfe» sowie der kommunistischen «Roten Hilfe»* Die hierfür notwendigen Gelder wurden zum grössten Teil von der schweizerischen Arbeiterschaft und ihren Organisationen - allen voran die Gewerkschaften - selbst aufgebracht, eine angesichts der wirtschaftlichen Krise der 30er Jahren enorme Leistung. Neben der organisierten Hilfe stand die praktische Solidarität vieler «kleiner» Leute, die oftmals selbst wenig besassen, aber dennoch kostenlose Schlaf- und Essensplätze zur Verfügung stellten, mit dem Lebensnotwendigsten aushalfen und den Flüchtlingen Anteilnahme und ein neues soziales Umfeld boten. Es kann nicht überraschen, dass auch in proletarischen Familien diese «Aufgabe» im wesentlichen den Frauen zufiel, die darin vielfach Selbstbestätigung und Anerkennung fanden. Insgesamt werden die in vielerlei Hinsicht bedrückenden Lebensverhältnisse der Flüchtlinge spürbar. Auch wenn dieser sozialgeschichtliche Aspekt nicht explizit thematisiert wird, scheint auf, welche Entbehrungen das Leben im Exil prägten oder welche psychischen Belastungen damit einhergingen.

---

*Die in der Studienbibliothek vorhandenen Komintern-Akten der KPS enthalten umfangreiche Angaben über das Wirken der schweizerischen Roten Hilfe

Der dritte und der vierte Teil der Arbeit widmen sich den politischen Aktivitäten der kommunistischen und sozialdemokratischen Flüchtlinge. Ausgangspunkt der Untersuchung war die Hypothese, dass die geringe Zahl politischer Flüchtlinge und das ihnen auferlegte strikte Verbot jeglicher politischer Betätigung nicht zur falschen Schlussfolgerung führen darf, illegale Arbeit sei im Schweizer Exil weitgehend unmöglich gewesen. Im Gegenteil existierte eine Reihe mehr oder weniger fester Parteiorganisationen, Gruppierungen und Personenkreise, denen es gelang, bis weit in die zweite Hälfte der 30er Jahre hinein Verbindungen untereinander, zu den Parteiführungen und Gruppenleitungen im Exil sowie zu den Widerstandsgruppen in Süd- und Südwestdeutschland aufrechtzuerhalten. Gerade diese Beziehungen zum Widerstand waren ein ständiger Antrieb für die Flüchtlinge, da sie ihr Wirken sowohl im eigenen Selbstverständnis als auch gegenüber den Schweizer Freunden wesentlich legitimierten. Allerdings bleibt festzuhalten, dass sich die Bindungen zwischen Exil und Widerstand entgegen mancher Mythologisierung seit Mitte der 30er Jahre im Zuge der weitgehenden Zerschlagung des organisierten Widerstand durch die Gestapo im stärker lockerten. Fragwürdig erscheint auch die Vorstellung einer Anleitung des Widerstands durch das Exil. Vielmehr ist ein beidseitiger Entfremdungsprozess unübersehbar, je länger man unter völlig verschiedenen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen lebte und handelte.

Wie ist das politische Exil abschliessend zu würdigen? Gemessen am eigenen Anspruch, erfolgreich gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland zu wirken, ist seine Geschichte eine Geschichte der Niederlage. Andererseits verkörperten die Flüchtlinge das «Andere Deutschland» sowie dessen freiheitliche und demokratische Traditionen, die mit ihnen überlebten. Viele kehrten denn auch nach 1945 so rasch wie möglich nach Deutschland zurück, um sich am Wiederaufbau zu beteiligen. ❑

Die Arbeit von Hermann Wichers erscheint diesen Herbst im Chronos Verlag Zürich unter dem Titel: «Im Kampf gegen Hitler: Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933-1940».

Zuschriften

«Einweihung der Gedenktafel für Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann».
Zum Beitrag von Trudi Weinhandl (Info 21/Mai 1994)

Was den erwähnten Beitrag anbelangt, so bin ich etwas verstört über all die Desinformationen, handelt es sich doch dabei um ein Thema, in dem ich mich etwas auskenne.

Schon die Äusserlichkeiten stimmen nicht: Es ist keine «Tafel», es ist eine auf die Erde gelegte Steinscheibe, also ein Gedenk(grab)stein.

Anita Augspurg wurde 1898, nach Anna Mackenroth aus Danzig (1894), als zweite Frau aus Deutschland in Zürich an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät promoviert, beide haben aber in Deutschland nicht als Anwältinnen gearbeitet (hingegen wurde Anna Mackenroth zur ersten Anwältin in der Schweiz; sie arbeitete in Zürich). Aber das ist eine komplizierte Geschichte und Anita Augspurg wird oft fälschlicherweise zur ersten Juristin Deutschlands gemacht.

Schlimmer finde ich, dass es bei Trudi Weinhandl heisst, Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, «seien in die innere Emigration gegangen». Im Gegenteil: Sich bei der Machtergreifung im Ausland befindend, waren sie auf einen Schlag zu Emigrantinnen geworden, denn eine Rückkehr nach Nazideutschland war für sie ausgeschlossen. Von Spanien kommend liessen sie sich in Zürich nieder, ohne dass sie sich hätten auf die Emigration vorbereiten können. Was sie in den verbleibenden neun Jahren bis zu ihrem Tode in der Schweiz genau taten ist bisher unerforscht geblieben.

«Natürlich» braucht es einen Parteivorstoss, um etwas Offizielles installieren zu können, was Vreni Hubmann in verdankenswerter Weise übernommen hat. Die Vorarbeit dazu - und der Ansporn - kam jedoch vom Verein Feministische Wissenschaften, insbesondere von Gabi Einsele, die auch die Gedenkveranstaltung an der Universität Zürich (10.12.1993) organisiert hat, an welcher Christiane Berneike Anita Augspurg in einer biographischen Recherche ausführlich vorgestellt hat (abgedruckt in: Frau Ohne Herz, Nr. 33/1994, Zürich, S. 3-9).
Regula Schnurrenberger, Zürich

Wir möchten uns für die inhaltlichen Fehler entschuldigen und danken für die Richtigstellungen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf Regula Schnurrenbergers Artikel in der von ihr erwähnten Nummer der Publikation «Frau Ohne Herz», der sich unter dem Titel «Zweifelhafte Ehre» mit der Enthüllung des Gedenksteins für Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann beschäftigt. (pb)

Ein bewegendes, aber auch ambivalentes Buch

Stalins Schatten in die Schweiz

«Am 31. Dezember hatten die hiesigen Schweizer eine kleine Sylvester-Feier in der Wohnung der Gen. Paula Brubacher, die bis vor kurzem Mitglied unserer Parteigruppe war... Während des Essens hielt ich eine kurze witzige Tischansprache vom fröhlichen Leben. Sachar gab darauf auch einige Worte ab, dass er sich am heutigen Abend in unserem int. Kreise freue... Nicht die

■ von Urs Rauber

leiseste Stimme irgend einer parteifeindlichen Einstellung war bemerkbar. Ich möchte jedoch diese Mitteilung trotzdem machen in Anbetracht des heutigen Parteiausschlusses von Sachar.» So schrieb Koni Mayer, der KPS-Vertreter in Moskau, am 1. November 1936 seinem vorgesetzten Parteiorganisator innerhalb der Kommunistischen Internationale (Komintern). Eine Denunziation? Ein Akt des Selbstschutzes? Oder gar eine mutige Fürsprache für einen bedrängten Genossen?

Das Dokument schlummerte mehr als ein halbes Jahrhundert in den unzugänglichen Archiven der im Jahre 1943 aufgelösten Komintern. Zusammen mit tausenden anderen geheimen brisanten, detailreichen, erschreckenden, aber auch skurrilen Zeugnissen über Schweizer Parteigänger in der Sowjetunion. Der Augustputsch 1991 - «als altes Recht nicht mehr galt und neues noch nicht zur Anwendung kam» - öffnete der historischen Forschung für kurze Zeit einen unverhofft tiefen und reichhaltigen Einblick in das Innenleben des Stalinismus, der Komintern und ihrer Sektionen - so auch der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) - und in das Leben der Ausländerkolonien in der UdSSR. Peter Huber[1] gehörte zusammen mit Brigitta Studer[2] und Theo Pinkus[3] zu den Glücklichen, die in die erstmals geöffneten und seither bereits wieder nur eingeschränkt zugänglichen Archivbestände Einsicht nehmen konnten.

«Zeitweise habe ich das Buch im Bett gelesen, so spannend war es», schilderte Peter Brunner seinen Eindruck über den dicken Wälzer. Ähnlich erging es auch mir: Noch selten hat mich ein wissenschaftlicher Report so gefesselt wie Hubers Nationalfondsstudie. Dabei glänzt der Autor weder mit brillanter Sprachbeherrschung - das Buch ist einfach und verständlich geschrieben - noch mit einer originellen Darstellung (Struktur, Aufbau und analytische Durchdringung des Stoffes entsprechen herkömmlicher Geschichtsschreibung). Nein, das unschätzbare Verdienst Hubers besteht in der einzigartigen Materialsammlung und im Aufbereiten zahlreicher packender Einzelschicksale.

Erschütternd ist zum Beispiel der Fall Elsa Brunner, die als Deutschlehrerin in Saratow bereitwillig über ihren verhafteten jüdischen Mann Auskunft gab und sich dadurch selbst der Verhaftung und jahrelangen Internierung aussetzte. Oder das entsetzliche Schicksal der Lydia Dübi[4], Direktorin der Komintern-Aussenstelle in Paris: Nach ihrer Rückberufung nach Moskau im Herbst 1937 wurde sie als «Volksfeindin» wegen angeblich konterrevolutionärer Tätigkeit hingerichtet. Und wer kennt schon die tragische Geschichte des Fliegermajors Ernst Schacht aus Basel, dessen ganze Familie erschossen wurde? Solche und ähnliche Biografien von rund 80 Schweizern in der UdSSR fördert Peter Huber ans Tageslicht. Sein Buch stellt die längst fällige historische Rehabilitierung dieser bis heute vergessenen Auslandschweizer dar.

Die bewegenden Einzelschicksale lösen neben Schauder und Entsetzen auch Ratlosigkeit aus: Warum konnte sich ein auf die Befreiung des Menschen orientiertes Gesellschaftssystem in derart kurzer Zeit in sein Gegenteil pervertieren? Wie funktioniert der Zirkelschluss der Repression, der aus Verteidigern Gefangene der Komintern machte und umgekehrt? Und wie musste das Denken und Fühlen der idealistischen Politemigranten verkümmern, bis sie sich im gelobten Land unter Stalins langem Schatten plötzlich als Opfer und Mittäter gegenüber standen? Zu diesen Fragen liefert Huber - allerdings nicht sehr systematisch - Erkenntnisse und Teilantworten. Einzigartig sind auch die abgedruckten Dokumente und Fotos aus Archivbeständen. Das Buch wird zweifellos bald zu den Klassikern der Geschichte des Kommunismus in der Schweiz gehören - vergleichbar mit Stettlers Werk[5], zu dem es gleichsam das Pendant aus sowjetischer Quellensicht bildet.

Merkwürdig dürftig bleibt das über 600 Seiten starke Kompendium bei der Zusammenstellung der ausgewerteten Quellen und Literatur: Die «bewusst kurz gehaltene Bibliographie» umfasst eine ziemlich willkürliche Auswahl, wichtige Standardwerke (etwa von Humbert-Droz, Gautschi, Wandeler, Lüscher/Schweizer u.v.a.) fehlen, während die Literatur zu zwei eher als Fremdkörper wirkenden Exkursen über den NKWD im Spanischen Bürgerkrieg und die Ermordung von Ignaz Reiss unproportional ausführlich ausfällt. Zeitschriftenartikel werden teilweise zitiert, fehlen aber in der Bibliographie. Den «Vorwärts» hat der Autor offenbar nur bis 1980 ausgewertet. Gewichtige mündliche Quellen (Amalie Pinkus, Lydia Woog, Anita Mühlestein) hat er überhaupt nicht angezapft; auch die autobiographische Literatur (Franz Dübi, Walther Bringolf, Franz Reichmann, Ella Maillart u.a.) weist Lücken auf. Überflüssig wirken dagegen die zahlreichen Wiederholungen in Text und in den Anmerkungen

Schade auch, dass Peter Hubers Darstellung an einigen wenigen Stellen zur politischen Abrechnung verkommt - etwa wenn die Rede von Theo Pinkus oder Jules Humbert-Droz ist (immer wieder wird ihnen ihr Sündenfall der Verteidigung stalinistischer Prozesse vorgehalten). Oder bei der fragwürdigen Wertung des Verhaltens von Agnes Reitermeier (Anna Drejer), die sich trotz leidvoller Erfahrungen im Gulag zum Schweigen entschlossen hat. Was bei Holocaust-Überlebenden längst als Opfertrauma anerkannt ist, scheint Huber den Stalin-Opfern nicht zubilligen zu wollen, wenn er von einer «Kunst der Verdrängung» spricht. ❑

Anmerkungen:

1 Peter Huber, Stalins Schatten in die Schweiz - Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern, Chronos Verlag, Zürich 1994, 629 Seiten, Fr. 78.--

2 Brigitta Studer veröffentlicht im Oktober 94 ihre Dissertation «Un parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern 1931 à 1939», Verlag L'Age d'homme, Lausanne

3 Durch Vermittlung von Theo Pinkus und Jean Spielmann kam ein umfangreicher Bestand des Moskauer «KPS-Archivs» nach Zürich in die Studienbibliothek, wo er von Simone Chiquet 1993 mit einem ausführlichen Findmittel erschlossen wurde (s. studienbibliothek*info* Nr. 18/Juli 93). Leider fehlt dieser bedeutsame Hinweis in Hubers

4 siehe dazu auch den in der Studienbibliothek durch ein Findmittel erschlossenen Nachlass von Franz Dübi

5 Peter Stettler, Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921-1931, Bern 1980.

Rückblick auf die Hommage an die Schweizer Spanienkämpfer und die Ausstellung: «Solidarität: Schweizer Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg».

(ut) Mit der Hommage im Zürcher Stadthaus vom 23. April 1994 haben die Schweizer Spanienkämpfer durch die engagierte und sympathische Rede von Ruth Dreifuss unerwartet eine späte Genugtuung erfahren, aber gleichzeitig auch eine Bundesrätin erlebt, welche sich von der Spanienpolitik der damaligen Schweizer Regierung klar distanzierte. Sie sagte:

Ich weiss, dass die damalige Landesregierung die Solidarität des Schweizervolkes behinderte. Sie hat ihre Haltung neutralpolitisch begründet. Ich weiss auch, dass die zurückgekehrten Spanienkämpfer unverhältnismässig hohe Gefängnisstrafen absitzen mussten. Und ich weiss, dass ihnen eine Amnestie immer verweigert worden ist. Es mag sein, dass eine solche Amnestie heute nicht mehr möglich ist. Für mich besteht aber kein Zweifel, dass Sie und Ihr historisch notwendiges Engagement heute politisch und moralisch vollständig rehabilitiert sind.

Die Spanienpolitik des Bundesrates war ein Thema, in der Vortragsreihe im Stadthaus, wo u.a. die persönlichen Verfilzungen des damaligen Departementschefs, Giuseppe Motta, mit dem Duce in Rom aufgedeckt wurden. Diese Vortragsreihe, die auch Probleme des modernen Spanien behandelte, wurde von gegen 700 diskussionsfreudigen Zuhörerinnen und Zuhörern besucht.

In der Ausstellung stand nicht der Spanische Bürgerkrieg direkt im Zentrum, sondern seine Rückwirkungen in der Schweiz. Es ging um die Begeisterung und die breite Sympathiewelle der Schweizer Bevölkerung für den mutigen Widerstand des spanischen Volkes gegen den Militärputsch und gegen den europäischen Faschismus. In krassem Gegensatz dazu stand die Überwachung der zahlreichen Spanienversammlungen durch die Bundespolizei, die Kontrolle der Sammelgelder für Spanien und das komplizierte Prozedere, das den etwa dreissig verschiedenen Hilfswerken durch die Bundesanwaltschaft auferlegt wurde. Dies alles war bisher nicht bekannt, auch nicht die Verhaftung von potentiellen Spanienfreiwilligen und die Tatsache, dass deren Hilferufe aus den Gefängnissen an ihre Angehörigen ungehört verhallten, weil ihre Briefe nach dem Willen des Bundesrates abgefangen wurden. Diese Geschehnisse wurden erstmals öffentlich dokumentiert und vermochten bis zum Ende der Ausstellung am 10. Juni etwa 12'000 Besucherinnen und Besucher anzuziehen. Vorwiegend waren es ältere Leute, die diese Zeit noch erlebt hatten, aber auch ganz junge Leute kamen, die sich für ein Thema interessierten, von dem sie noch wenig gehört hatten. Woher denn auch, gehört doch dieses Thema zu den weissen Flecken der Schweizer Geschichte!

Trotz beispielhaftem Einsatz von Schweizern und auch einigen Schweizerinnen in Spanien gegen Diktatur und Faschismus hielt Ruth Dreifuss fest:

Dennoch: Die Geschichte der Internationalen Brigaden hat auch höchst befremdliche Schattenseiten. Dazu gehört, dass die Feindschaft zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Anarchisten trotz des gemeinsamen Feinds auch in Spanien nicht aufhörte. Stalin, der im Sommer 1936 Sinowjew und 15 weitere revolutionäre Konkurrenten nach einem Schauprozess erschiessen liess, verfolgte auch im Spanischen Bürgerkrieg mit tödlichen Säuberungsmethoden die Konsolidierung seiner Diktatur. Damit schwächte er den gemeinsamen Widerstand und den demokratischen Sozialismus. Auch das wollen wir als Lehrstück aus der Geschichte nicht verschweigen. Nicht die freiwilligen Spanienkämpfer waren schuld daran, mächtige Männer im Hintergrund sind dafür verantwortlich zu machen.

In konservativen Blättern erschienen Artikel und Leserbriefe, die gerade diese Problematik zum Anlass nahmen, 1994 die Spanienkämpfer immer noch zu verurteilen, anstatt aufgrund von neu zugänglichen Quellen ein differenzierteres Bild zu entwerfen. Schützenhilfe bekamen diese auch von wissenschaftlicher Seite durch Berichte über Schweizer Spanienfreiwillige, in denen die komplexen Abläufe des Spanischen Bürgerkriegs offenbar keine Rolle spielten. Auch Vorgänge in der Schweiz werden heute noch oft arg vereinfacht. Dabei gäbe es zum Beispiel noch einiges aufzuklären: etwa über die Haltung der schweizerischen Sozialdemokratie zum Spanischen Bürgerkrieg und auch über die Beteiligung von Schweizer Kommunisten, deren Aktivitäten meistens spontanen Entscheidungen entsprangen oder der Not der Situation gehorchten. Der Anteil der Kommunistischen Bewegung der Schweiz erschöpft sich eindeutig nicht in "kanalisierter Solidarität" mit dem spanischen Volk. Hans Anderfuhren ist ein Beispiel dafür. Er ging weit über das hinaus, was der KPS recht war. Er hielt zahlreiche Vorträge und entwickelte mit der Gründung von Strickzirkeln für

Spanien und vielen andern Initiativen eine beträchtliche Aktivität. Otto Brunner reiste gegen den Befehl der Partei nach Spanien ab und wurde wegen "abenteuerlicher Politik" gemassregelt. Viele der ersten Spanienfreiwilligen schon von anfangs August 1936 waren Mitglieder der KPS und sie kämpften dann zum Teil auch gegen den Willen der Partei in nichtkommunistischen Milizen. Nicht umsonst galten die Schweizer - gerade bei den deutschen Kommunisten in Albacete und der XI. Internationalen Brigade - als undiszipliniert und als "Meckerer". Auf der anderen Seite gab es nicht nur bei den Anarchisten und beim POUM sog. Deserteure, sondern auch führende Kommunisten setzten sich von der Front ins Hinterland ab, als sie merkten, wofür man ihren Idealismus missbrauchen wollte. Das war schon in den ersten Wochen des Bürgerkriegs so, und später erst recht.

Allerdings gehören auch provokative Meinungen in einer solchen Debatte dazu. Das Wichtige daran war, dass durch etwa 130 Zeitungsberichte, einige Fernseh- und Radiobeiträge ein noch unbewältigtes Kapitel, das auch zur Schweizer Geschichte gehört, in öffentlichem Rahmen diskutiert wurde und mit Sicherheit einiges an Nachdenken oder auch an Lust zur Beschäftigung mit dem Spanienthema ausgelöst hat.

* * *

Wir werden in absehbarer Zeit Zeit diese Debatte durch die Publikation der Vortragsreihe, die im Stadthaus während der Ausstellung gehalten wurde, wieder aufnehmen. Die "Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer" hat mit ihrer Auflösung in grosszügiger Weise ihr Vereinsvermögen an Hilfswerke vermacht, die schon im Spanischen Bürgerkrieg tätig waren, Fr. 7'000.-- an das Schweizerische Arbeiterhilfswerk und Fr. 3'000.-- an die Centrale Sanitaire Suisse. Überdies hat sie der Studienbibliothek Fr. 2'000.-- überwiesen für die Realisierung des erwähnten Buchprojekts. Dafür danken wir den ehemaligen Spanienfreiwilligen sehr herzlich, auch jenen unter ihnen, welche mit ihren Leihgaben zur Bereicherung der Ausstellung beigetragen haben. Der Dank dafür geht aber auch an Bibliotheken und an Archive aus der ganzen Schweiz, allen voran an das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich, an das Bundesarchiv in Bern, an die Bibliothèque de la ville in La Chaux-de-Fonds, an den Schweizer Zweig des Service Civil Internationale, an die Centrale Sanitaire Suisse und an die Plakatsammlung des Museums für Gestaltung in Zürich. Auch alle anderen möchten wir danken, welche zum guten Gelingen der Hommage und der Ausstellung beigetragen haben. Wir danken noch einmal Ruth Dreifuss, dass sie zu den Spanienkämpfern gekommen ist und unserm Stadtpräsidenten, Sepp Estermann, der den ganzen Anlass überhaupt ermöglicht hat, sowie der Präsidialabteilung unter Dr. Nicolas Baerlocher für ihre grossen Anstrengungen und ihre Hilfe. Nicht vergessen möchten wir auch Bruno Kammerer, welcher mit seiner grafischen Gestaltung Glanz in die Ausstellung gebracht hat und Kurt Gasser, der durch seine Lizentiatsarbeit von 1971 über die Schweizer Freiwilligen in Spanien - wie schon für den gleichnamigen Film von Richard Dindo - das Thema vorgepfadet hatte. ❑

Gegen Faschismus, Rassismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

«Unsere heutige Feier kann und darf aber nicht nur Rückblick sein. Mit dem Untergang des Hitler-Nazismus und des Mussolini-Faschismus, sowie - aber

■ Bundesrätin Ruth Dreifuss an der Spanien-Hommage

erst 1975 - dem Zusammenbruch des Francoregimes, ist leider der Kampf für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde nicht abgeschlossen. Wer mit wachem Auge um sich schaut, muss besorgt feststellen, dass die Lehren aus der Geschichte vielerorts und auch in nächster Nähe nicht gezogen werden. Rechtsextremer Nationalismus faschistischer Prägung erhält in Ost und West wieder vermehrt Zulauf. Auch in unserem Land werden die simplen Schlagworte und Scheinlösungen von Rechtspopulisten und fremdenfeindlichen Gruppen wieder salonfähig. Und sie wurden salonfähig in Italien nach den letzten Wahlen, wo zum ersten Mal bürgerliche Parteien sich mit faschistischen - Erben der faschistischen Diktatur - zusammenschliessen. Anschläge auf Flüchtlingszentren, rassistisch motivierte und tödliche Brandstiftungen, sowie wieder offen demonstrierter Antisemitismus müssen uns alarmieren. Wenn gemäss Umfragen eine Mehrheit der Deutschen lieber nicht an die Judenvernichtung der Nazis erinnert werden will, gibt das der Ausschwitz-Lüge Auftrieb. Vergessen und Verdrängen heisst aber, die alten Fehler wieder machen. Diktatur und Rassenwahn können - wie gehabt - wieder irgendwo zur Staatsraison werden. Mit den ethnischen Säuberungen in Bosnien und der rassistisch motivierten Unterdrückung in Kosovo erleben wir in nächster europäischer Nachbarschaft, wie menschenrechtswidrig und menschenverachtend Frauen, Männer und Kinder verfolgt, vertrieben und getötet werden. Und die Bilder, die jetzt von Gorazde kommen, erinnern uns an die Bilder von Madrid unter den Bomben der Faschisten. Hier sind wir auch als Asylland gefordert. Wir müssen unsere Grenzen für rassistisch und politisch Verfolgte offen halten. Ein Rückfall in die «Boot ist voll»-Politik der dreissiger Jahre darf es nie wieder geben. Und die grosse Lehre von den Spanienkämpfern ist, dass wir als Demokratinnen und Demokraten jeder Diktatur und jeder Verspottung der Demokratie entschieden entgegentreten müssen, auch jetzt. Für die hier anwesenden und geehrten Spanienkämpfer ist dies eine Selbstverständlichkeit. Wir ehren sie und danken ihnen am besten, wenn wir ihr Erbe bewahren. Wir wollen es mit einer konsequenten Politik für soziale Gerechtigkeit und dem Widerstand gegen alle Faschismen und Rassismen hochhalten».

Am 25. September:
Ja zum Antirassismus-Gesetz

Am 4. Dezember:
Nein zu den Zwangsmassnahmen

Neuerschlossene Personennachlässe

Franz Dübi (1908-1993)

(pb) Von Martha Ensner, der Partnerin von Franz Dübi, mit der er die letzten dreissig Jahre seines Lebens zusammen war, erhielten wir anfangs Jahr den Nachlass ihres am 31. Dezember 1993 verstorbenen Lebensgefährten.

Franz Dübi wurde am 9. Februar 1908 in Basel geboren. Seine Eltern Marie und Jakob «Joggi» Dübi engagierten sich aktiv in der Arbeiterbewegung und später innerhalb der Kommunistischen Partei. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte Franz Dübi den Beruf eines Buchbinders; danach verbrachte er einige Zeit in Frankreich und trat 1928 nach seiner Rückkehr nach Basel der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) bei, die ihn im selben Jahr zum vierjährigen Studium an die «Universität der nationalen Minderheiten des Westens» entsandte. Aus dieser Zeit ist ein Fotoalbum mit Privataufnahmen im Nachlass enthalten.

Seit 1926 war Franz Dübi Mitglied bei den Naturfreunden; während zahlreichen Jahren wirkte er als Leiter der «Feriengemeinschaft Basler Arbeiterkinder». 1937 Heirat mit Rosy Bernasconi.

Zwei Dossiers im Nachlass dokumentieren die Verfolgungs- und Repressionspolitik, die gegen Kommunisten/Kommunistinnen in der Schweiz betrieben wurde:
Am 22. August 1941, während der Verbotszeit der KPS, führte die Politische Abteilung des Polizeidepartements Basel-Stadt eine «Haussuchung mit Beschlagnahme» bei Franz Dübi durch. Die vollständige Liste der dabei sichergestellten Gegenstände, nämlich: 50 Flugblätter, 2 Löschblätter, 2 Bund leeres Schreibpapier, verschiedene leere Briefbogen und 1 schwarzes Papier, war für die Beamten Grund genug, Franz Dübi in Untersuchungshaft «wegen unerlaubter kommunistischer Propaganda», «Zuwiderhandlung gegen die Bundesratsbeschlüsse betr. die kommunistische Partei» und wegen «Verdunklungsgefahr» zu setzen. Rosy Dübi in einem Brief vom 7. September 1941 an das Tit. Polizeidepartement des Kantons Basel-Stadt:
«Hiermit nehme ich mir die Freiheit, Sie zu bitten, dieses Schreiben als Haftentlassungsgesuch betrachten zu wollen. (...) Nach Beschlagnahme einiger Gegenstände, wurde auch mein Mann mitgenommen. (...) Der Tatbestand hat sich durch Verhandlungen und Verhöre ermittelt und ist somit jedes weitere Behalten meines Mannes grundlos und hinfällig. Wir gehören zum Arbeiterstand und da heisst es: entweder arbeiten oder vor dem Nichts stehen. Mein Mann ist gesund und kräftig, er wird hoffentlich bald wieder eine Arbeit finden, wo er doch die jetzige Arbeit durch diese Affäre verloren hat Wir sind aber gar nicht geneigt, die Armenfürsorge zu benutzen, ... denn als gesunder Mann ist er fähig allein für die Familie zu sorgen.»

Dübi kam frei, aber erst mit Beschluss vom 4. Januar 1943 wurde durch die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen ihn «mangels Beweisen des Tatbestandes» eingestellt; ein Haftentschädigungsgesuch wird von den Behörden jedoch abgelehnt.

Das andere Dossier enthält Papiere, die Dübis Wirken als Vizepräsident, ab 1948 als Präsident der Basler Sektion des Schweiz. Buchbinder- und Kartonager-Verbandes (SBKV) darstellen. Die klassenkämpferische baslerische Verbandspolitik, führte sehr schnell zu Auseinandersetzungen mit der eher reformistischen Berner Gewerkschaftszentrale. Im Zuge der Ungarn-Ereignisse von 1956 erreichte am 28. November Franz Dübi ein mit «Zugehörigkeit zur PdA» überschriebener Brief des Präsidenten des SBKV:
«Wie wir aus zuverlässigen Quellen vernehmen mussten, hast Du innerhalb der Basler-PdA die Aktion der russischen Kommunisten in Ungarn als richtig betrachtet. (...) Du hast somit eine Aktion gutgeheissen, die unserer freiheitlichen Auffassung ins Gesicht schlägt und die von jedem freidenkenden Menschen als menschenunwürdig und verdammenswert zu betrachten ist. Unser Zentralvorstand ... ist einstimmig der Auffassung Dir nahe zu legen, Deine Konsequenzen zu ziehen und den Austritt mit sofortiger Wirkung aus unserem Verband zu geben. Wir ersuchen Dich, uns Deinen Entscheid bis spätestens Montag, den 3. Dezember 1956 zukommen zu lassen, oder, sofern Du glaubst eine Berechtigung dazu zu besitzen, uns ... eine Rechtfertigung für Dein Verhalten zuzustellen.»



Edgar Woog (2. v.l.), Franz Dübi (4. v.l.) und Roger Dafflon (5. v.l.) während einer Reise in Cottbus oder Hoyerswerda (ca. 1958)

Dübi antwortete am 3. Dezember mit einem ausführlichen Brief und schreibt

«...dass die der PdA unterschobene Begründung der Intervention der sowjetischen Truppen und die gegen mich persönlich erhobene Beschuldigung verlogen ist. Das Begehren nach meinem Austritt aus dem SBKV oder mein eventueller Ausschluss entbehrt demnach jeder Begründung. (...) Und weil ich keine gegen den Verband oder sein Ansehen gerichtete Handlung begangen habe, werde ich nicht von mir aus den Austritt geben.»

Mit Beschluss vom 5. Dezember schloss der wiederum einstimmige Zentralvorstand Franz Dübi «mit sofortiger Wirkung» aus dem Verband aus; sein Rekurs gegen diesen Ausschluss wurde 1957 abgelehnt.

Anfangs 1944 kandidierte er als Spitzenkandidat auf der sogenannten «Sozialistischen Kampfliste» für den Basler Grossrat. Das Polizeidepartement bezeichnete daraufhin Dübi als nicht wählbar, da er Kommunist sei. Er rekurrierte vergebens gegen diesen Entscheid und verlor damit sein passives Wahlrecht. 1947 erfolgte auf der PdA-Liste doch noch seine Wahl in den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, dem er 28 Jahre lang angehörte. Fast ebenso lang war er Mitglied des Bürgergemeinderats Basel-Stadt.

Zu Dübis Wirken innerhalb der PdA: Gründungsmitglied der PdA Basel und 1953 bis 1970 deren Sekretär. Auf gesamtschweizerischer Ebene war er seit Beginn, mit kurzen Unterbrüchen, bis 1978 Mitglied des ZK der PdAS und während fast 20 Jahren Mitglied des Politbüros, respekive der Parteileitung. Er vertrat die PdAS an zahlreichen Parteitagen ausländischer kommunistischer Parteien. Redemanuskripte und Fotos von diesen Anlässen, sowie Beiträge für den «Vorwärts» dokumentieren diesen Lebensabschnitt im Nachlass.

Ab 1944 war er für viele Jahre Präsident der «Verlagsgenossenschaft Vowärts» und Mitglied des Verwaltungsrates der Druckerei «Coopi». Er verfasste Beiträge für die Parteizeitung, wobei neben Reiseberichten und der grossen Politik, auch regelmässige Berichte über den Zoologischen Garten Basel gehörten.

Seine Schwester Lydia Dübi, übersiedelte 1924 in die Sowjetunion, wo sie im November 1937 im Verlauf der stalinistischen Säuberungen hingerichtet wurde. Peter Huber hat deren tragisches Schicksal in seinem Buch ausführlich beschrieben*. Die Mutter Marie Dübi, wie auch Franz Dübi selbst, sprachen verschiedentlich bei sowjetischen Stellen vor und erkundigten sich nach dem Verbleib von Lydia. Bis zum XX. Parteitag der KPdSU brachten diese Anfragen aber keinerlei Aufschlüsse. Ein im Nachlass enthaltenes Schreiben des Militärkollegiums des Obersten Gerichtes der UdSSR vom 26. November 1956 erwähnt nicht, dass diese hingerichtet wurde, aber:

«Das Urteil des Militärkollegiums vom 3. November 1937 in Bezug auf Paskal-Dübi L. J. wurde auf Grund neuen Beweismaterials aufgehoben und das Verfahren infolge Mangels an Tatbeständen eingestellt. Paskal-Dübi L. J. wurde posthum rehabilitiert.»

Wie in einem Brief an den Botschafter der UdSSR in Bern hervorgeht, erfuhr Franz Dübi erstmals im Juni 1957 von Sigi Bamatter, Lydia Dübis erstem Ehemann, während einer Sowjetunion-Reise, dass seine Schwester zum Tode verurteilt worden ist. Der Nachlass enthält eine Abschrift des «Todeszeugnisses» vom 8. Februar 1958; die Rubrik «Todesursache» wurde dabei leer gelassen.

Neben umfangreicherem biographischem Material, diversen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln und Redemanuskripten enthält der Archivbestand leider wenig Papiere, die Franz Dübis Wirken innerhalb der Pateigremien der PdA dokumentieren. Was die Hinterlassenschaft Dübi aber zusätzlich aufwertet sind fünf Archivschachteln mit Materialien zu Fritz Platten, mit dessen Leben und Tod sich Franz Dübi intensiv auseinander gesetzt hat. Offensichtlich - aber auch psychologisch verständlich - ist es ihm leichter gefallen, über die Person Fritz Platten, dass Unrecht

* Peter Huber: Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern. Zürich: Chronos Verlag, 1994.

aufzuarbeiten, was auch an seiner Schwester verübt worden ist.

Wer noch mehr über Franz Dübi erfahren möchte, liest am Besten in seiner kleinen Broschüre «Darum bin und bleibe ich Kommunist». Die Broschüre, wie die Entstehungsgeschichte dieser Arbeit, ist durch Manuskripte in verschiedenen Bearbeitungsstufen in diesem Nachlass enthalten.

Wir danken an dieser Stelle noch einmal Martha Ensner ganz herzlich für das Vertrauen das sie uns geschenkt hat, in dem sie uns diesen Nachlass überliess. ❑

Fotonachlass von Paul Gurewitsch: Bilder mit Pressetexten aus der Sowjetunion der dreissiger Jahre

(uk) Paul Gurewitsch (1880-1970), gebürtiger Russe aus Petersburg, interessierte sich als in der Schweiz wohnhafter Ingenieur für die technischen und bauwirtschaftlichen Leistungen des Stalinregimes während der ersten Fünfjahrespläne.

Die frühesten (kleinformatigen) Fotografien seines Nachlasses stammen aus den Jahren 1927-1929 und entstanden auf seinen eigenen Reisen zu den Schauplätzen intensiven Bauens für die Industrialisierung des riesigen Sowjetreiches. Die übrigen rund 900 Fotos datieren aus den Jahren 1932-1936 und entsprechen zum grössten Teil den Formaten A5 oder A4. Die durchwegs gut erhaltenen Bilder stammen von sowjetischen Fotoagenturen (Sojusfoto und Intourist) mit zumeist deutschen, aber auch russischen Pressetexten. Sie waren als stalinistische Propaganda für Westeuropa bestimmt.

Thematisch befassen sie sich hauptsächlich mit den wirtschaftlichen Aspekten der Industrialisierung: Gezeigt werden u.a. Fabrikkomplexe der Schwerindustrie im Ural, wie z.B. der Eisenbahn- und Traktorenbau in Magnitogorsk, oder solche im Donez-Gebiet der Ukraine, wie z.B. die Kramatorsker Stalin-Maschinenbauwerke. Eine bedeutende Zahl der Fotos zeigen Wasserkraftwerke für die Elektrizitätsgewinnung im Kaukasus, im Ural und in der Ukraine (Dnjepr, Donez-Gebiet). Zu den dokumentierten Infrastrukturobjekten gehören auch Kanäle, wie der Weissmeer-Baltische Kanal oder Bewässerungskanäle in der usbekischen Hungerwüste. Zu den wirtschaftlichen Aspekten der Industrialisierung gehört auch die Mechanisierung der Landwirtschaft: Als positiven Fortschritt im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft werden auf unzähligen Bildern Traktoren und Mähdrescher dokumentiert. Nicht zuletzt besass auch das sowjetische Transportwesen der dreissiger Jahre Vorzeigeobjekte für den Westen: der Eisenbahn- und Automobilbau erreichte in diesen Jahren enorme Produktionsfortschritte. Die neu erbaute Metro in Moskau sollte das Herz des Sowjetregimes mit vier Meeren verbinden: mit der Ostsee, dem Weissmeer, dem Schwarzen Meer und dem Kaspischen Meer.

Die Fotografien zeigen auch Menschen: Es sind zumeist arbeitende Frauen und Männer, schöne Menschen und solche, die sich einer besonderen Leistung rühmen konnten oder solche, die ihrer ethnischen Herkunft wegen porträtiert wurden. Erwähnenswert sind die Frauenporträts mit den dazugehörenden Pressetexten, die die gleichberechtigten Chancen der Frauen in der sowjetischen Gesellschaft dokumentieren sollten. Fotos von Kindern in Kinderkrippen, Schulen und in den Häusern der «Jungen Pioniere» geben ein Bild von einem angeblich «sozialen Staat», der für die Grundversorgung mit Nahrung, Wohnung, Betreuung und

gleichen Bildungschancen besorgt ist. In die gleiche Richtung zielen die Fotos im Zusammenhang mit Sport und Freizeit, die eine gleiche, lebensbejahende Gesellschaft darstellen. Das dem leider nicht so war, ist historisch belegt. Denken wir an die durch die Zwangskollektivierung umgekommenen Kulaken, an die Hungersnöte auf dem Lande in den Jahren 1929, 1932/33, an die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf den Industriebaustellen, an den politischen Terror, der sich allen Ebenen des menschlichen Daseins zeigte und in seiner schlimmsten Form zu den Stalinistischen Säuberungswellen führte, während denen etwa sechs bis sieben Millionen Menschen in Zwangsarbeitslager verschickt wurden.

Von dieser Kehrseite der Medaille des «Sprungs nach vorn» dank der Fünfjahrespläne dokumentiert die Fotosammlung von Paul Gurewitsch nichts. Als Redaktor des «Schweizer Exporteur» interessierten ihn v.a. die technisch hervorragenden Leistungen im Zusammenhang mit der sowjetischen Industrialisierung. Ob und inwieweit dieses Interesse auch mit jenen der Schweizer Exportindustrie zusammenhing, wäre Gegenstand einer weiterführenden historischen Forschung. Der Fotonachlass ist aus heutiger Sicht interessant als historische Quelle für die Propagandabestrebungen der stalinistischen Sowjetunion im Westen. Für die Benutzung des Fotonachlasses steht ein gut strukturiertes Findmittel zur Verfügung. ❑

Margarete Faas-Hardegger (1882-1963)

(pb) Theo Pinkus in seiner Einleitung zur Broschüre «Briefe nach der Schweiz»:

«Mit dem Tode von Margarete Hardegger am 23. September 1963 verlor die schweizerische Arbeiter- und Friedensbewegung eine hervorragende Persönlichkeit, die bis jetzt noch keine Würdigung gefunden hat.»[1]

Über zwanzig Jahre später trifft dieser Befund immer noch zu, wenn auch einzelne Publikationen auf die Person Margarete Faas-Hardegger verweisen.[2] Vielleicht ermöglicht der aufgearbeitete und durch ein Findmittel erschlossene Nachlass endlich die Schliessung dieser Lücke und Margarete Faas-Hardegger findet ihre Biographin oder ihren Biographen.

Margarete Hardegger wurde am 20. Februar 1882 in Bern geboren, wo sie auch aufwuchs und die Schulen besuchte. Bis zum Jahre 1900 übte sie den Beruf einer Telefonistin aus und lernte an ihrem Arbeitsplatz ihren späteren Mann kennen, den sie 1903 ehelichte: Dr. Philip August Wenzeslaus Faas, Redaktor bei der «Schweizerischen Telegraphenagentur», später bernischer Fürsprecher und zürcherischer Richter. In den Jahren 1900 bis 1902 besuchte sie das städtische Gymnasium, welches sie mit der Matura abschloss und begann Jurisprudenz und Nationalökonomie zu studieren. Ihrer Ehe, die 1912 wieder geschieden wurde, entstammen zwei Töchter (Olga, *1903 und Elisabeth «Lisa», *1904).



M. Faas-Hardegger zus. mit ihrer Tochter Olga und einem unbekannten Mann, ca. 1917

Zu Beginn des Jahres 1905 wurde sie Sekretärin des Schweizerischen Arbeitersekretariates und bearbeitete die Fragen der gewerkschaftlich organisierten Frauen und kümmerte sich um die Arbeiterinnenvereine, für die sie ab 1. Mai 1906 die «Vorkämpferin» herausgab und ein Jahr später in französischer Sprache den «L'Exploitée». Beide Zeitschriften sind in der Studienbibliothek vorhanden. Sie besuchte in- und ausländische Veranstaltungen und sprach in den ersten drei Jahren ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf über 360 Versammlungen. Dazu ist im Nachlass u.a. eine juristische Auseinandersetzung zu finden, nachdem der Polizeisekretär von Sitten eine öffentliche Versammlung

---

1 Briefe nach der Schweiz: Gustav Landauer, Erich Mühsam, Max Hoelz, Peter Kropotkin. Unter Mitarb. von Karl Lang ... hrsg. von Theodor Pinkus. Zürich 1972. S. 6

2 Siehe z.B.: Monte Verità: Berg der Wahrheit; lokale Anthropologie als Beitrag zur Wiederentdeckung einer neuzeitlichen sakralen Topographie. Harald Szeemann .... Milano 1978 / Annegret Walz: «Ich will ja gar nicht auf der logischen Höhe meiner Zeit stehen»: Hedwig Lachmann; eine Biographie. Flacht 1993

von M. Faas-Hardegger über Gewerkschafts-, Frauenbewegung und Anti-Alkoholismus verboten hatte. Zudem lässt sich im Archivbestand ein umfangreiches Dossier mit ausgefüllten Fragebogen zur Lebens- und Arbeitssituation von Arbeiterinnen und Arbeitern der Tabak-, Lebens-, Genussmittel- und Schuhindustrie aus dem aargauischen Bezirk Kulm finden. Diese Erhebung wurde im Zusammenhang mit der Schweizerischen Heimarbeiterausstellung von 1909 durchgeführt.

Im Jahre 1908 begann eine wichtige und tiefe Freundschaft: sie lernte Gustav Landauer kennen, mit dem sie in regem persönlichen und brieflichen Austausch stand. Landauer am 22. August 1908:
«Geliebte Margareta! So heisst Du mir nun... (...) So webt sich nun der Stolz Deines Wesens in jede Erinnerung hinein, die ich an Dich habe. (...) Wir haben nun ein gemeinsames Leben, und wollen miteinander, Hand in Hand, aufs Leben wirken. Ich fühle mich Dir Brust an Brust.»

Nur ein Teil dieser Korrespondenz wurde 1929 veröffentlicht, da wie der Herausgeber Martin Buber schreibt, die nach 1909 an Margarete Faas-Hardegger geschriebenen Briefe nicht mehr auffindbar waren.[1] Der Nachlass enthält die Briefabschriften, inklusive dem Verzeichnis der an Buber übergebenen Schriftstücke; die Originale sind leider nicht vorhanden.

Landauer ersuchte die Freundin um die Bildung von «Kristallisationspunkten» in Bern und Zürich, die einen Anfang für den «Sozialistischen Bund» (SB) in der Schweiz darstellen sollten. Als er seinen «Aufruf zum Sozialismus» formulierte, stand er in ständiger brieflicher Verbindung mit Margarete Faas-Hardegger; die sich auch wesentlich für den Aufbau und die Verbreitung der Landauerschen Zeitung «Der Sozialist» engagierte. Entsprechende Unterlagen sind im Archivbestand auffindbar. Die enge Zusammenarbeit mit Landauer, aber auch mit Erich Mühsam der ebenfalls zu ihrem Bekanntenkreis gehörte, führte zu Spannungen mit Herman Greulich, die anfangs April 1909 mit ihrer Entlassung aus dem Arbeitersekretariat endeten. In der Folge ging sie nach München und danach nach Berlin, wo sie am «Internationalen Institut für Bibliographie» arbeitete. 1912 kehrte sie in Schweiz zurück und nahm erneut in Bern ihr Studium auf. Aber drängende Geldsorgen liessen sie im Juli 1914 an Erich Mühsam schreiben:
«Mein Studium, das ich wieder aufgenommen hatte, muss ich noch einmal unterbrechen, denn ich fühle mich ausser Stande, mich in dieser Geistesverfassung auf Lehrsätze zu konzentrieren.»

Immer wieder beschäftigte sich die Justiz mit ihr: Im April 1912 erfolgte eine Verhaftung unter der Anschuldigung der Falschaussage im Zusammenhang mit einer Befreiungsaktion eines in Zürich inhaftierten Russen. Im Februar 1913 musste sie sich wegen einer falschen Zeugenaussage im Jahre 1907 vor dem Bezirksgericht Pfäffikon verantworten; 1915 erfolgte eine Verurteilung zu 12 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe zur Abtreibung.

Seit 1919 lebte Margarete Faas-Hardegger im Tessin. 1924 schrieb sie an Mühsam, sie lebe im Siedlerhaus des Schreiners Giovanni Brunner zu Villino Graziella in Minusio-Locarno, «in welchen wir nach den Grundsätzen des Sozialistischen Bundes zu leben und auszustrahlen trachten.»[2] Die Villino Graziella war allerdings nie im eigentlichen Sinne ein Siedlung.

Der Nachlass enthält eine Reihe von Briefen, die sich mit der Vorbereitung einer Kommunegründung beschäftigen. Ein weiterer Schwerpunkt der erhaltenen Korrespondenz beschäftigt sich mit dem Ausbruch und den Folgen des 1. Weltkrieges im August 1914. Margarete Faas-Hardegger tauschte u.a. mit Ludwig und Dora Berndl, Hans Brunner, Fritz Brupbacher, A. Faas, Käthe Friedemann, Max Friedländer, Hans Itschner, Leopold Katscher, Hans Müller, James und Berta Reich, Otto Starke, Max Steudner, Margaret Vital, Otto Volkart, Heinrich Wagner und Toni Waibel Schreiben aus.

1 Gustav Landauer: sein Lebensgang in Briefen. Unter Mitwirkung von Ina Britschgi-Schimmer hrsg. von Martin Buber. 2 Bde. Frankfurt am Main 1929

2 Monte Verità: Berg der Wahrheit ... Harald Szeemann .... Milano 1978. S. 32

Während den dreissiger Jahren half sie verschiedenen antifaschistischen Emigranten/innen und gründete 1936 das «Comitato Pestalozzi». Im Nachlass sind u.a.. Briefe von Max Hochdorf, Hubertus Prinz zu Löwenstein und von dessen Sekretär Volkmar von Zühlsdorff enthalten.

In ihren späten Lebensjahren war sie insbesonders in der Friedensbewegung und im Anti-Atomwaffenkampf engagiert; sie wurde 1949 zur Sekretärin der «Partisanen für den Frieden» in der italienischen Schweiz gewählt. Diverse Dossiers im Nachlass veranschaulichen diesen Lebensabschnitt.

Wie Theo Pinkus ausführte, ist von ihrem Nachlass nur ein kleiner Teil erhalten: «Mehrere Kisten, die sie "noch ordnen wollte" und die an einem vor der Witterung ungenügend geschützten Ort bei ihr im Haus in Minusio untergebracht waren, bargen nur noch völlig zerstörte und unlesbare Papiere.»[1]

Der kleine erhaltene Teil lässt erahnen, wie wertvoll der Gesamtnachlass gewesen wäre. Die einzelnen nun erschlossenen Dossiers enthalten neben dem bereits Beschriebenen: Fotos, Dokumente zu ihrer Ausbildung und zum Studium, Jugendaufzeichnungen 1897-1899, Zeitungsartikel von und über Margarete Faas-Hardegger, Auszüge und Zusammenfassungen über die von ihr gelesene Literatur im Zeitraum 1920 bis 1930. Die nachgelassenen Papiere geben auch ihr Wirken im Sozialdemokratischen Abstinentenbund (Sektion Bern), im Schweizerischen Monistenbund (Ortsgruppe Bern), im Naturheilverein Bern, im Verein für Pilzkunde Bern und im Freidenker-Verein Bern wider.

Ein besonderer Teil des Archivgutes bilden die Spezialdossiers, wie etwa dasjenige über den Sozialistischen Bund oder die «Kulturgesellschaft Ernst Abbe» (KEA)[2]. Ebenfalls gesondert zusammengefasst wurde Dokumente zu folgenden Einzelpersonen und deren persönlichem Umfeld: Gustav Landauer, Erich und Zenzl Mühsam, Marja Brennmann, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Prinzessin Helga zu Löwenstein, Edgar Woog, Konrad Farner und E. Brennwald-Klaesi.

Der Archivbestand Gustav Landauer umfasst u.a.: Briefe von Landauer aus den Jahren 1912 und 1919, von Charlotte und Max Kronstein-Landauer (geschrieben zw. 1920-1927), sowie von Hedwig Lachmann aus dem Jahre 1918; Fotos von Gudula Landauer und Hedwig Lachmann, mehrere Porträts von ihm selbst; Zeitungsbeiträge über Landauer; ein eigenhändiges Manuskript Landauers sowie einen Text von Julius Bab; gedruckte Arbeiten von Landauer, so auch seinen Beitrag «Ostjuden und Deutsches Reich» mit der eigenhändigen Widmung: *«Margrit Hardegger, der Tröstlichen, zum Trost»*.

Die Sammlung Erich Mühsam enthält Briefe an M. Faas-Hardegger aus dem Zeitraum 1913-1924; Manuskripte von ihm; Unterlagen zur anarchistischen Monatsschrift «Fanal»; seine Broschüre «Gerechtigkeit für Max Hoelz!» aus dem Jahre 1926 mit der handschriftlichen Bemerkung auf dem Titelblatt: «Meiner lieben Margrit in Kameradschaft und Liebe (aber wo bleibt der Koffer?). Charlbg. 28.5.26. Erich Mühsam»; Zeitungsbeiträge im Zusammenhang mit seiner Ermordung 1934 im KZ Oranienburg sowie ein eigenhändiges Testament (siehe Kästchen) mit dem handschriftlichen Zusatz von M. Hardegger: «mir übergeben Donnerstag 29.9.1938 am schicksalschweren St. Michaelstag Europas».

Die Dossiers Kreszentia «Zenzl» Mühsam enthalten diverse Briefe von Ruth Oesterreich, Victor Fraenkl, Jakob Ragaz, Max Friedländer u.a. im Zusammenhang mit der Solidaritätsarbeit für die Freilassung von Zenzl Mühsam nach deren Verhaftung durch die GPU in ihrem

1 Briefe nach der Schweiz: Gustav Landauer ... Unter Mitarb. von Karl Lang ... hrsg. von Theodor Pinkus. Zürich 1972. S. 7

2 Die Kulturgesellschaft Ernst Abbe, trägt den Namen des früheren Besitzers der Carl Zeiss-Werke in Jena. Abbe (1840-1905), lernte als Sohn eines Webers in seiner Jugend die schwere soziale Lage der Arbeiterschaft kennen und entwickelte sich zu einem sozialreformerischen Unternehmer. Die KEA umschreibt 1909 ihre Zielsetzung wie folgt: «Ablösung des schrankenlos egoistischen und deshalb in höchstem Masse volksfeindlichen Wirtschaftssystems des modernen Kapitalismus durch die gemeinnützige Wirtschaft des "Volkes für das Volk"!»

sowjetischen Exil und Zeitungsberichte die sich mit ihrem Schicksal beschäftigen. Im weiteren ist ein Brief an M. Faas-Hardegger aus dem Jahre 1924 enthalten, samt Briefumschlag mit dem fingierten Absender «Elfinger, Berlin-Charlottenburg».

1938 erteilte Hubertus Prinz zu Löwenstein an M. Faas-Hardegger die Vollmacht für die deutschsprachige Herausgabe seiner Schrift «Als Katholik im republikanischen Spanien»[1]. Die Editionsgeschichte dieser Broschüre ist durch einen umfangreichen Briefbestand im Nachlass dokumentiert. Im weiteren enthält die «Sammlung Löwenstein» Unterlagen zur «American Guild for German Cultural Freedom, New York»[2]; Zeitungsartikel; ein Manuskript von Löwenstein über die Vorgänge in Spanien mit dem Titel «Factstellung für die Presse» aus dem Jahre 1937; ein 38-seitiger Schreibmaschinentext von Unbekannt («Bericht über meine Reise von Brüssel nach Bolivien für Freunde und Bekannte», ca. 1939), sowie über eine Veranstaltung vom Juni 1937 in Locarno, auf welcher der Prinz über die Tagung des Pen-Clubs in Paris berichtet.

Eine Mappe mit Zeitungsausschnitten enthält Berichte über den Prozess gegen die «Koordinationsstelle für Nachkriegshilfe» (Edgar Woog u.a.)[3] im Jahre 1949 vor dem Schwurgericht Winterthur.

Ein dunkles Kapitel Schweizergeschichte gibt die Mappe Konrad Farner wieder, die die Hetzkampagne der «Aktion Frei sein» im Jahre 1956 im Zuge des Volksaufstandes in Ungarn gegen den prominenten schweizerischen Marxisten zum Thema hat.[4]

Zum Schluss sei erwähnt, dass im Anhang des Findmittels eine Liste aller Zeitschriften und Zeitungen aufgeführt ist, die in dieser Schenkung enthalten gewesen waren. Sie werden nach und nach in den ordentlichen Bibliotheksbestand eingearbeitet. ❑

1 Hubertus Prinz zu Löwenstein: Als Katholik im republikanischen Spanien. Zürich: Verlagsbuchhandlung Stauffacher, 1938

2 Die American Guild for German Cultural Freedom, New York, wurde 1936 von Hubertus Prinz zu Löwenstein zur Unterstützung exilierter Schriftsteller und Schriftstellerinnen gegründet. Sie führte Literaturwettbewerbe durch. Bestände der Vereinigung sind im Deutschen Exilarchiv in Frankfurt am Main vorhanden.

3 1947 ermittelte die Bezirksanwaltschaft Zürich gegen Funktionäre der Koordinationsstelle für Nachkriegshilfe wegen des Verdachts der «Veruntreuung und Betrugs». Der kommunistische Stadtrat Woog wurde 1949 zu 6 Monaten Gefängnis unbedingt verurteilt; er verlor daraufhin endgültig sein Stadtratsmandat. Siehe dazu: Odette Rosenberg-Katzenfuss: Lydia Woog, eine unbequeme Frau; Schweizer Aktivistin und Kommunistin. Zürich 1991. S. 112 ff.

4 Siehe dazu z.B. Martha Farner ...: «Niemals vergessen!» : Betroffene berichten über die Auswirkungen der Ungarn-Ereignisse 1956 in der Schweiz. Mit einer historischen Einführung von Jean-Pierre Kuster und einer Einleitung von Berthold Rothschild. Zürich 1976

Testament

Nein, ich will nicht eher zu Grabe,
eh ich nicht auch die letzten Sprossen
irdischen Glückes erstiegen habe
eh ich das Leben nicht vollends genossen!
Eh ich nicht alle Frauen umschlungen
die mich durch meine Träume begleiten
eh ich nicht alle Lieder gesungen
die sich in meinen Schmerzen bereiten,
eh ich nicht alle Werke gestellt
die mich vom schaffenden Geiste entbinden,
eh ich der Führerpflicht nicht gewaltet
dass die Menschen ihr Wegziel finden
eh ich nicht fröhliche Augen sehe
die von Erhebung und Stolz verjüngt sind,
eh ich nicht über Acker gehe,
die hell mit Tränen und Freud gedüngt sind.
Nimmt der Erlöser dann und Vernichter
von meinen Tagen die lastenden Ketten
sollt ihr den seligsten Menschen und Dichter
tief in befreites Erdreich betten.

Erich Mühsam

Varia

Die folgenden kleineren Bestände wurden archivalisch erfasst:

Julius Alpári

Alpári war Chefredaktor der «Internationalen Presse-Korrespondenz» (Inprekorr), dem offiziellen Nachrichtenbulletin der Komintern in Berlin, und Korrespondent für den «Basler Vorwärts». Nach dem Verbot der Inprekorr anfangs März 1933 ging deren Aufgabe an die 1932 in Basel gegründete «Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung» über, die bis 1937 erschien.
Inhalt: diverse Presse- und andere Ausweise, Visitenkarten, wenig Korrespondenz, 20 Fotoplatten.

Am 25. September:
Ja
zum Antirassismus-Gesetz

Am 4. Dezember:
Nein
zu den Zwangsmassnahmen

Elise «Liesel» Bruggmann-Blank (1900-1973)

Geboren in Winterthur, der Vater war Handwerker, die Mutter musste mit Flickarbeit zum Unterhalt der Familie beitragen; Volks- und Sekundarschule; die prekären finanziellen Verhältnisse verunmöglichten ihr das Lehrerinnenstudium; mit 14 Jahren Fabrikarbeiterin; 1916 erste Kontakte mit der SJO; Bekanntschaft mit Joggi Herzog und Hans Bruggmann, den sie später heiratete; eine Tochter. Mitglied bei den sogenannten «Altkommunisten», wenig später erste Gedichte und Artikel; 1927 Mitglied der ersten ArbeiterInnendelegation nach der Sowjetunion.
Inhalt: Trauerrede von A. Hümbelin, Lebenslauf, Todesanzeige und Danksagung; etwas Korrespondenz, verschiedene Lyrik- und Prosatexte.

Prof. Dr. Richard Büchner (1899-?)

Seit 1929 ordentl. Professor für Politische Ökonomie an der Universität Zürich; Studium in Leipzig, Dresden, Hamburg; zahlreiche Veröffentlichungen über Finanz- und Wirtschaftspolitik.
Inhalt: diverse Briefe; Unterlagen zu den folgenden von ihm betreuten Dissertationen: Entstehung der kommunistischen Partei und des kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz (Heinz Egge/1956); Der Landesverband freier Schweizer Arbeiter und seine Stellung zur eidgenössischen Sozialpolitik 1919-1945 (Kurt Lareida/1956); Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz 1920-1945 (Benno Hardmeier/1957

Heinrich Dübendorfer (1903-1974)

Kantonaler Geschworener, 1974 in Zürich gestorben.
Inhalt: Amtliche Papiere, Fotos, diverse Gedichte.

Heinrich Frey (1898-1980)

Aufgewachsen in Zürich-Wiedikon, Primar- und Sekundarschule; Studium am Lehrerseminar Küsnacht; 1920 erste Verweserstelle in Niederglatt; 1922 Wahl an die Schule nach Uster; seit 1930 Mittelstufenlehrer im Schulhaus Friesenberg in Zürich; 1931 erster Präsident der Sektion Lehrer des VPOD; Mitglied des zürcherischen Gemeinderates (Legislative) für die SP.
Inhalt: Auflistung der (schul)-politischen Aktivitäten seit 1931; Erinnerungen an die Gründung des Sozialistischen Lehrervereins; etwas Korrespondenz; Interpellation über die Durchführung der Bestätigungswahl der Primarlehrer im Schulkreis Limmattal, März 1952 (Max Meier); div. Manuskripte.

Ernst Högger (1899-1969)

Vater Schlosser bei der SBB; Mutter arbeitete als Wasch- und Putzfrau; 1919 erste, 1946 zweite Eheschliessung. 1915 Beitritt zur SJO; 1917 Eintritt in die SP Zürich 5; 1917 Untersuchungshaft wegen «Aufreizung zur Meuterei»; Nov. 1918 Mitorganisator des Generalstreiks im Zürcher Oberland; nach der Spaltung Eintritt in die KP; seit 1924 mit Wohnsitz in Zürich; 1926 Leitung des Zimmerleutestreiks; 1929 bis 1936 Präsident der Roten Hilfe Zürich; 1932 Teilnahme am Kongress der IRH in Moskau; während der Verbotszeit der KPS Präsident der KP Zürich 10; 1944 PdA, dort Mitglied des kantonalen und seit 1949 des schweizerischen Parteivorstandes; 1950-54 Präsident PdA Zürich 5; Mitbegründer der Schweiz. Arbeiter- und Bauernhilfe; seit 1946 für acht Jahre Gemeinderat der Stadt Zürich.
Inhalt: Abdankungsrede von A. Hümbelin; Nachruf; Lebenslauf 1899-1958 zuhanden der PdA des Kts. Zürich; Porträt; Mandatskarte für den Weltkongress der IRH 1932 in Moskau (mit Foto und Originalunterschrift von Clara Zetkin); eine Solidaritätspostkarte für das Kinderheim «Rosa Luxemburg» der IRH in Barcelona.

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)

Inhalt: Rundschreiben diverser Gremien (1921-1933); Vereinsakten und programmatische Ausführungen div. Gremien; Flugblätter und -schriften; div. Akten 7. Parteitag der KAPD, 1928 in Berlin.

Gottfried Oswald (1879-1968)

Nach der Schule Wanderjahre; Gelegenheitsarbeiter und Handlanger; während der Wirtschaftskrise in den 30er Jahren häufig arbeitslos; Mitglied der KP, später der PdA; Arbeitersänger und Mitglied des Arbeiterschachbundes.
Inhalt: Testament; Lebenslauf; Abdankungsrede und Nachruf von A. Hümbelin.

Paula Suter-Lippmann (1889-1968)

Inhalt: Trauerrede; Pro memoria Paula Suter-Lippmann. ❑

Otto Volkart (1880-1960)

(if) Im Findmittel des seit 1987 erschlossenen KPS-/PdA-Teilarchives sind bereits 6 Archivschachteln mit Materialien von Otto Volkart aufgeführt. Die dort archivierten Bestände umfassen im wesentlichen Gedichte, Reden, Vorträge, Biographische Skizzen, Exzerpte, Notizen, diverse Zeitungsausschnitte und Broschüren aus dem Zeitraum 1917 bis 1955.

Volkart fand unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges zur Arbeiterbewegung. So beschäftigte er sich aus «linker Optik» mit Maxim Gorki, Leo Tolstoi, Karl Marx, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jean Jaurès, Herman Greulich, Romain Rolland ..., ...aber auch mit Carl Spitteler, Thomas G. Masaryk, Gotthelf und Gottfried Keller. Zahlreiche Arbeiten veröffentlichte er zur russischen Sozial- und Kulturgeschichte oder zu Fragestellungen der internationalen Arbeiterbewegung insgesamt.

Peter Huber hat in seinem Buch* eine Kurzbiographie von Otto Volkart verfasst, der Ende der 20er / Anfang 30er Jahre einige Zeit in Moskau zugebracht hat. Laut Huber hat sich Volkart nach seiner Rückkehr im Jahre 1931 in die Schweiz mit politischen Stellungnahmen zu den Vorgängen in der stalinistischen Sowjetunion zurückgehalten und sich im wesentlichen auf literarische Themen beschränkt.

Die neuhinzugekommenen Dokumente, insgesamt zwei Archivschachteln, widerspiegeln Volkarts spezielles Interesse für Länder wie Indien und die Sowjetunion, für Gottfried Keller und einmal mehr für Tolstoi und Carl Spitteler. Besonders hervorzuheben ist die im Nachlass dokumentierte Entstehungsgechichte des Theaterstücks «Einigkeit macht stark», welches Volkart unter dem Pseudonym «Justus» bei der Genossenschafts-Druckerei in Arbon herausgab. Das Drama in drei Akten und vier Aufzügen spielt in der Zeit des schweizerischen Landesstreiks 1918 in einem halb Industrie-, halb Bauerndorf. Volkart führte dem Werk das Motto voran: «Durch Kampf zum Sieg. Durch Bildung zur Freiheit». Es sind Loseblätter des Probedruckes für das «Gut zum Druck», sowie sechs Hefte mit handschriftlichen Aufzeichnungen des Autors vorhanden.
Erhalten sind im weiteren Notizen von Volkart für einen Vortrag am 21. November 1921 in Winterthur aus Anlass des 100. Geburtstags von Dostojewski, insgesamt 71 handbeschriebene lose Blätter unterschiedlichen Formats.
Ein kleines Notizheft mit Eintragungen Volkarts ist mit dem Titel «Die Frau in der U.S.S.R.» beschriftet; in anderen handschriftlichen Arbeiten beschäftigt er sich für einen Vortrag in Winterthur am 20.12.1920 mit der Situation der politischen Gefangenen in Deutschland. Erwähnenswert ist u.v.a. noch ein zehnseitiges maschinenschriftliches Manuskript zum Thema «Der Frau stehen in der Sowjetunion alle Wege offen» (ca. 1934-36); vier Notizhefte mit der Aufschrift «Literarisches von mir und über mich» (November 1946-Oktober 1948); 15 Notizhefte «Deutsche Literaturgeschichte I-XV»; ein maschinengeschriebenes Gedicht über «Ludwig van Beethoven - Prolog zu einer Festaufführung von a. Professor Otto Volkart» und ein dreizehnseitiger Schreibmaschinen-Entwurf eines Dramas betitelt mit der Ergänzung «Per Aspera ad Astra - Szenen aus dem Leben Heinrich Pestalozzi - 3 Verwandlungen». ❑

Vereinigung zur Förderung der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Zürich - Präsident: Otto Böni, Witikonerstr. 505, 8053 Zürich

PC-Konto 80-10016-5
Banken: ZKB Zürich, Kto. 1100-6253.433 & GZB Zürich, Kto. 051915.07.00.10-3
BRD: Hamburger Sparkasse. BLZ 200 505 50, Kto. 1481/130 654

Seit mehr als 20 Jahren existiert die Studienbibliothek. Die Finanzierung des Betriebs war und ist schwierig. Zwar erhält die Bibliothek mittlerweile Subventionsbeiträge von Kanton und Stadt Zürich; aber die Budgetkürzungen der öffentlichen Hand haben auch vor der Studienbibliothek nicht Halt gemacht: Seit dem letzten Jahr müssen wir mit 10'000 Franken weniger auskommen.
Zur Unterstützung der laufenden Aktivitäten der Studienbibliothek wurde vor einigen Jahren von Personen, die den Fortbestand dieser Einrichtung für notwendig und wichtig halten, ein Förderverein gegründet. Diese Vereinigung will durch geeignete Massnahmen die Studienbibliothek finanziell und durch eigene Veranstaltungen unterstützen.
Wir laden Sie ein, dieser Vereinigung beizutreten. Mitgliederbeitrag: Fr. 50.-/Jahr (Arbeitslose, RentnerInnen, Studierende, SchülerInnen Fr. 20.-/Jahr). Selbstverständlich sind uns auch (regelmässige) Spenden* jederzeit sehr willkommen. Mit Ihrer Unterstützung tragen Sie zur Erhaltung einer notwendigen Einrichtung bei. Am besten füllen Sie noch heute den nachstehenden Talon aus. Vielen herzlichen Dank!

✂---

❑ Ich möchte Mitglied werden
❑ Ich kann mich noch nicht entschliessen, wünsche aber weiterhin Infos
❑ Ich spende:
❑ Fr. 20.- ❑ Fr. 50.- ❑ Fr. 100.-
❑ Fr. ....
❑ monatlich ❑ zweimonatlich ❑ halbjährlich
❑ jährlich

* Spenden am besten mit automatischem Überweisungsauftrag per BAD der PTT oder per LSV der Bank.

Name...
Vorname...
Strasse...
PLZ/Ort..

Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich ☎ 01 / 271 80 22

Oeffnungszeiten: Montag bis Freitag 9-13 und 14 18 Uhr • **Benutzung:** Die Bibliothek ist öffentlich. Der grösste Teil des Bücherbestandes ist ausleihbar; Raritäten, Archivalien und Nachlässe sowie Zeitschriften können nur in der Bibliothek benutzt werden. Es stehen mehrere Arbeitsplätze und ein Fotokopierer zur Verfügung. Führung von Gruppen nach Voranmeldung.
Sammelgebiete der Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Zeitungsartikel: Arbeiterbewegung ☆ Sozialismus/Kommunismus ☆ Arbeiterparteien ☆ Gewerkschaften ☆ Genossenschaften ☆ Neue Linke und autonome Gruppierungen ☆ Neue soziale Bewegungen ☆ Frauenbewegung ☆ Trikont ☆ Minderheiten ☆ Faschismus ☆ Nationalsozialismus ☆ Widerstandsbewegungen ☆ Judenverfolgung ☆ Spanischer Bürgerkrieg ☆ Stalinismus ☆ Exilliteratur ☆ Tarnschriften 1933-45 ☆ Philosophie ☆ Literaturgeschichte ☆ Politik ☆ Geschichte ☆ Gesellschaft ☆ Wirtschaft ☆ Kultur ☆ Kunst. Insgesamt ca. 35'000 Einzelwerke, ca. 1'500 Zeitungs- und Zeitschriftentitel (laufende und abgeschlossene), Personendossiers, Jahrbücher, Kleinschriften, Graue Literatur • Flugblätter, Plakate, Bild- und Tondokumente.
Archive und Nachlässe: Theo Pinkus ☆ Teilarchiv KPS/PdA ☆ KPS Komintern-Akten 1918-1942/43 ☆ L. Nicole ☆ M. Faas-Hardegger ☆ N. Moskowska ☆ A. Siemsen ☆ Centrale Sanitaire Suisse ☆ A. Hümbelin ☆ J. Herzog ☆ RAZ ☆ H. Gmür ☆ Kultur und Volk ☆ Naturfreunde ☆ O. Volkart ☆ C.A. Hitz ☆ IG Kanzlei ☆ Gigawatt ☆ Zürcher Frauenvereinigung für sozialen Fortschritt ☆ Singgruppe Zürich ☆ Paul Gurewitsch ... u.a.

Diesem Bulletin liegt der obligate Einzahlungsschein zur Begleichung des Mitgliederbeitrages 1994 bei. In der Regel freut einem ein solcher nicht allzusehr. Sollten Sie aber mit dem Info Ihre Freude gehabt haben.... ... würde uns der aktive Gebrauch unseres Einzahlungsscheins durch Sie ebenfalls in Freude versetzen. Falls Sie den Beitrag schon entrichtet haben, ist uns Ihre Spende selbstverständlich immer willkommen. Vielen Dank zum Voraus! ✓ ok

Wer nicht Mitglied des Fördervereins werden will, muss auf unser *info* nicht verzichten! Mit dem Abo-Beitrag von Fr. 18.- (pro Jahr) erhalten Sie weiterhin das Heft frei Haus zugesellt.

Rotpunktverlag



Hrsg. von der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich. Beigelegt ein Poster mit illustrierter Chronik von Theo Pinkus' Leben und einem Bild der Zürcher Künstlerin Astrid Keller-Fischer (A2-Format) 192 Seiten, kartoniert, mit Fotos.

Beiträge und Texte von Oskar Negt, Paul Parin, Wolfgang Fritz Haug, Gisela Wenzel, Elmar Altvater, Guido Ambrosino, Jan Robert Bloch, Bertolt Brecht, Peter Brunner, Esther Burckhardt Modena, Pierre Franzen, Erich Fried, Jürg Frischknecht, Inge Gellert-Jahn, Stefan Howald, Otto Jägersberg, Robert Jungk, Diethart Kerbs, Georg Kiefer, Jürgen Kuczynski, Hannes Lindenmeyer, Frauke Mahrt-Thomsen, Götz Perll, André Pinkus, Anna Ratti, Gerd Roscher, Berthold Rothschild, Hans Sahl, Ulrich Schreiber, Jean Spielmann, Wolfgang Jean Stock, Rudolf H. Strahm, Jürgen Stroech, Brigitte Walz-Richter.

Weitere Publikationen der Studienbibliothek:

- Ueber die Grenzen. Alltag und Wiederstand im Schweizer Exil. Reader zur ergänzenden Ausstellung zu «Fluchtpunkt Zürich» der Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Juni-Juli 1988). Konzeption und wissenschaftliche Bearbeitung von Gisela Wenzel u.a. - 2. Aufl. Zürich 1989. 165 S., zahlr. Ill., SFr. 15.-
- Willi Münzenberg. Eine Dokumentation zur Münzenberg-Tagung im September 1989 in Zürich. Zusammengestellt von Peter Vonderhagen und Brigitte Walz-Richter. Hrsg. von Theo Pinkus. - Zürich 1990. 63 S., Ill., SFr. 10.-
- DDR Pressedokumente Oktober-Dezember '89. Konzeption und Gestaltung von Peter Vonderhagen. Hrsg. von der Studienbibliothek. - Zürich 1990. 171 S., Faks., SFr. 15.-

NEU

Rudolf M. Lüscher
Werner Schweizer

Amalie und Theo Pinkus-De Sassi

«Leben im Widerspruch»

Neuausgabe mit einem Nachtrag 1987 bis 1994 von Jürg Frischknecht.

Limmat Verlag, Zürich

448 Seiten, gebunden, SFr. 56.--

✂ --

Bestelltalon an:

Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Postfach, 8031 Zürich (☎ 01/271 80 22)

..................Ex. «Leben im Widerspruch» SFr. 56.00

..................Ex. «Erinnern und Ermutigen» SFr. 29.80

..................Ex. ....

..................Ex. ....

Name..

Vorname..

Strasse..

PLZ/Ort..

Unterschrift

Datum:

WIDERSPRUCH - Heft 27

Sicherheit contra Solidarität

(pf) Nachdem man sich 1993 in freisinnig-liberaler Optik vom humanitären Kitsch" verabschiedet und Justizminister Koller (CVP) 1994 zum Jahr der inneren Sicherheit" deklariert hat, lag es nach *Peter Niggli* im Interesse der bürgerlichen Parteien, die konservativen Politikthemen Law and Order in kostspieligen Sicherheitskampagnen zu popularisieren. Eine Politik der Angst, die demagogisch von Ausländerkriminalität" und Sozialmissbrauch" redet, setzt auf prohibitiv-repressive Drogenpolitik, Aufrüstung der Polizeiapparate und den Ausbau von Gefängnissen. Rechtspolitisch gesehen konstatiert *Daniel Vischer* im bürgerlichen Sicherheitsdiskurs einen Rechtspragmatismus, der die auszubauenden Grund-, Freiheits- und BürgerInnenrechte einzuschränken beginnt. Unbedacht bleiben dabei s.E. die politischen Konsequenzen der Entwicklung von der Disziplinierungs- zur Kontrollgesellschaft.

Die vom deutschen Bundesinnenminister Kanther (CDU) vorgelegten Verbrecherbekämpfungsgesetze" gehen nach *Rolf Gössner* an die Fundamente des liberalen Rechtsstaats. Moderne Mafia, Neonazismus und Rechtsterror geben heute für den starken" Staat neue Legitimationen ab. Auch die vom Bundesrat geplanten Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht" gehen nach *Beat Leuthardt* von der präventiven Abschreckung über zur legalen Säuberungsmassnahme und Ausschaffungspraxis. Legalisiert werden soll eine Form politischer Justiz, die die Diskriminierung der Flüchtlinge und AusländerInnen vollends normalisiert.

Die von der türkischen Regierung verfolgte militärische Lösung der "Kurdenfrage" gilt im Rahmen des NATO-Vertrages nicht als Völkermord, sondern als "Terrorismusbekämpfung". Die Sicherheitsinteressen der NATO, so *Michael Schubert*, decken die Ausserkraftsetzung des Kriegsvölkerrechts und der elementaren Menschenrechte in der Türkei. Die seit 1990 erlassenen Rechtsverordnungen" in der türkischen Militärdemokratie" sind nach *Marcel Bosonnet* Ausgangspunkt europaweiter Kriminalisierungskampagnen.

In den westlichen Industrienationen spitzt sich im gegenwärtigen ökonomischen Umbruch nicht nur der Verteilungskampf zu; es gerät, so Walter Schöni, auch die Sozialpartnerschaft als wirtschafts- und sozialpolitische Regulierung zunehmend in Krise. Im Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum wettbewerbsorientierten Standortstaat werden soziale Sicherheit, soziale Rechte und kollektive Vertragspolitik seitens der Arbeitgeberverbände aufs Spiel gesetzt; soziale Ungleichheit, soziale Auslese, Sozialabbau und Lohndrückerei werden zum Motor der Konkurrenzgesellschaft. Der Angriff der neoliberalen Ordnungspolitik auf den Sozialstaat riskiert den sozialen Frieden. Sozialpolitik wird in der Schweiz und in der EU, wie *Ueli Mäder* und *Hans Baumann* zeigen, von der Arbeitgeberseite instrumentalisiert. Freiwilligenarbeit soll die Folgen der Deregulierung im Sozialbereich auffangen. Zeichnet sich auch in der Vertragspolitik eine Wende ab? *Andreas Rieger* skizziert die historisch gewachsenen und heute veränderten Funktionen der Gesamtarbeitsverträge sowie neue Perspektiven der Gewerkschaftspolitik.

Der anhaltende Struktur- und Wertewandel hat die politische Grundorientierung von sozialer Gerechtigkeit und die Kampfbegriffe Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit/Schwesterlichkeit voll erfasst. Im High-Tech-Kapitalismus erodiert der Basiskonsens der Solidargemeinschaft. Schliessen Individualisierung und Solidarität sich aus? Nach *Michael Vesters* Untersuchungen werden Arbeiter- und Alltagssolidarität durch die Pluralisierung der Klassengesellschaft nicht geschwächt, aber sie artikulieren sich individualitätsbewusster. Im Horizont der republikanischen, christlichen und sozialistischen Tradition diskutiert *Heinz Kleger* Grenzen und Möglichkeiten konkurrierender Solidaritäten.

Die bürgerliche Kleinfamilie ist nicht tot; neu ist die Pluralität von Familienformen, alt sind die Pflichten. *Ruth Hungerbühler Savary* fragt nach dem Strukturwandel der Familie, deren Sozialmoral und gesellschaftlicher Auftrag durch Konformitätszwänge gefährdet sind. Nach Thatchers antigesellschaftlicher Politik der Entsolidarisierung lässt sich, wie *Renée Gruber* und *Stefan Howald* aus Grossbritannien berichten, die Rückkehr zu konservativen Werten wie Familie und Gesetzesgehorsam durch verordnete Moralpolitik von oben nicht mehr erzwingen. ❑

WIDERSPRUCH 27:
Sicherheit contra Solidarität.
192 S., Fr. 18.--, im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich (Tel./Fax 01/273 03 02)

Festschrift für Gerhard A. Ritter

(wt) Gerhard A. Ritter, der seit 1974 Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München lehrt, gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten derjenigen Historiker-Generation, die in der Bundesrepublik Deutschland etwa seit den 60er Jahren auf Lehrstühle gelangt sind und den Wiederaufbau der deutschen Geschichtswissenschaft massgeblich gestaltet haben. Viele aus dieser Generation waren angetreten, um endlich, auch im Blick auf das Jahr 1933, das historische Erbe des Kaiserreichs und damit manche Belastungen der deutschen Geschichte und Geschichtswissenschaft kritisch zu sichten. Wir verdanken dieser Generation die Neubegründung des Ansehens der deutschen Geschichtswissenschaft und zum guten Teil das wache und selbstkritische Interesse, das die jüngere Geschichte Deutschlands seit den 70er Jahren in der Öffentlichkeit gefunden hat.
Am 29. März 1994 ist Gerhard A. Ritter 65 Jahre alt geworden. Seine Freunde, Kollegen und Schüler haben ihm aus diesem Anlass eine umfangreiche Festschrift gewidmet, in der sich das bedeutende wissenschaftliche Schaffen Ritters ebenso spiegelt wie sein ausserordentlich weitreichender Einfluss auf eine ganze Schülergeneration, die er angeleitet und massgeblich geprägt hat.

Am 25. September:

Ja

zum Antirassismus-Gesetz

An die Urnen -

in der Tradition des Antifaschismus

Unter der Herausgeberschaft von *Jürgen Kocka, Hans Jürgen Puhle* und *Klaus Tenfelde* fanden sich 46 prominente Autoren zusammen, darunter *Joaquín Abellán, Sergio Amato, Lothar Gall, Helga Grebing, Carl-Ludwig Holtferich, Johannes Paulmann, James J. Sheehan, Toru Takenaka, Shulamit Volkov, Hans-Ulrich Wehler, Heinrich A. Winkler*, deren Anliegen es war, das Lebenswerk von Gerhard A, Ritter auf diese Weise zu würdigen.

Das Werk gliedert sich in drei Schwerpunkte, die in Ritters Forschungs- und Lehrtätigkeit im Vordergrund gestanden haben. Es enthält jeweils zahlreiche Beiträge über die «Geschichte der Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Arbeiterbewegung», die «Geschichte der Parteien und des Parlamentarismus» sowie über die Geschichte der Sozialpolitik und des Sozialstaats. Die drei Abschnitte werden durch die Herausgeber eingeleitet, wobei stets die einzelnen Themenbereiche unter Bezug auf Ritters Forschungsleistung und die Fortentwicklung der Geschichtswissenschaft in diesen Themenfelder dargelegt sind.

In jedem der drei genannten Bereiche bietet die Festschrift originelle Einzelbeiträge, die, insgesamt gesehen, den Kenntnisstand und die Kontroversen sowie die jüngeren Forschungstendenzen spiegeln. ❑

Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat: Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle und Klaus Tenfelde. Gedruckt mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung. München; New Providence; London; Paris: K.G. Saur, 1994. XI,866 S., SFr. 200.-

Arbeiterlieder 1844 bis 1945

(wt) Die Anthologie enthält eine repräsentative und wissenschaftlich einwandfrei belegte Auswahl der hundertjährigen Geschichte der Arbeiter- und Arbeiterinnenliederkultur von den Weber- und Weberinnenlieder bis zu den Liedern aus den Konzentrationslagern. Ergänzt werden an einigen Stellen Soldatenlieder (als Vorlage und NS-Lieder (als «gestohlenes» Lied), um den kritischen Vergleich zu ermöglichen. Der ausführliche Kommentar stellt die literarisch wie historisch-politische bedeutsame Thematik anschaulich dar und zeigt Zusammenhänge auf. Das Literatur- und Tonträgerverzeichnis ist gezielt ausgewählt, um zur weiteren Beschäftigung auch ausserhalb von Hochschule und Schule anzuregen.

Aus dem Inhalt: Weberlieder / Lieder von 1848 / Lieder der Pariser Kommune / Lieder der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung / Lieder zum 1. Mai / Streiklieder / Bergarbeiterlieder / Turn- und Sportlieder / Lieder der Arbeiterjugend / Arbeiterinnen- und Arbeitervolkslieder / Reichsbanner- und Rot-Front-Lieder / Kirchenliedparodien / Freidenkerinnen- und Freidenkerlieder / Lieder aus den Konzentrationslagern.

Der Herausgeber Prof. Dr. Reinhard Dithmar ist Inhaber eines Lehrstuhls für Literaturdidaktik an der Freien Universität Berlin. ❑

Arbeiterlieder 1844 bis 1945. Hrsg. von Reinhard Dithmar. Neuwied; Kriftel; Berlin: Luchterhand, 1993. 309 S.; Fr. 35.--

Betrifft: Leugnen des Holocaust

Das nun in der Übersetzung vorliegende Buch «Betrifft: Leugnen des Holocaust», der Amerikanerin Deborah E. Lipstadt, kommt, wie Erwin Leiser im Vorwort schreibt, «zur richtigen Zeit, weil der Stellenwert der Holocaust-Leugnung für die rechtsextremistische Hetzpropaganda unterschätzt wird». Auch wenn das

■ von Ignaz Freudleb

Augenmerk der Verfasserin stark auf die heutige «Szene» in den USA und Kanada gerichtet ist, räumt die Autorin der Darstellung der historischen Vorläufer und der Schilderung der Anfänge der Holocaust-Leugnung breiten Raum ein. Im weiteren wird die «Internationale der Lügner» anhand von Beispielen aus Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und anderen europäischen Ländern gut sichtbar. Konsequent vermeidet es Deborah E. Lipstadt gegenüber den heutigen Vertretern der «Auschwitz-Lüge» von «Revisionisten» zu sprechen, weil diese, im Gegensatz zu den revisionistischen Historikern der Zwischenkriegszeit, ihre «Märchen weder wissenschaftlich noch historiographisch» begründen. Sie gebraucht stattdessen den zutreffenderen Begriff «Leugnung».

Die heutigen Holocaust-Leugner bauen ihre «wissenschaftlichen» Pamphlete auf der Denktradition der US- Geschichtsrevisionisten nach dem Ersten Weltkrieg auf, für die Namen wie Sidney B. Fay, Harry Elmer Barnes oder Charles A. Beard stehen und als deren legitime Nachfolger sie sich betrachten. Aber viele dieser damaligen Männer waren, wie Deborah E. Lipstadt schreibt, respektierte

Geschichtswissenschaftler, die sich als Revisionisten bezeichneten und die heute entsetzt wären, wenn sie wüssten, welchem Zweck ihre Argumente zugeführt werden. Beard z.B. schrieb damals gegen die offizielle Darstellung des aussenpolitischen Engagements der USA im Ersten Weltkrieg an, insbesondere verwarf er die Ansicht der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands; ganz im Gegenteil: seiner Meinung nach sabotierten Frankreich und Grossbritannien immer wieder deutsche Vorschläge zur Kriegsvermeidung und den tiefen Friedenswunsch des deutschen Kaisers. Dieses «Täuschungsmanöver» fand, immer laut den Revisionisten, mit dem Versailler-Vertrag seine Fortsetzung: Wider besserem Wissen habe man Deutschland gezwungen die Kriegsschuld allein auf sich zu nehmen, da man das europäische US-Engagement vor der amerikanischen Öffentlichkeit nur mit dem ewigen Schurken Deutschland rechtfertigen und damit auch von eigenen begangenen Greueltaten ablenken konnte. Der angesprochene Barnes spielte aber nicht nur in der Revisionismusdebatte nach dem Ersten Weltkrieg eine tragende Rolle, sondern entwickelte sich zum «Vater» der amerikanischen Holocaust-Leugnung: Nach 1945 verwendete er die gleiche Argumentationslinie und bezichtigte die Alliierten der Verschwörung gegen Deutschland, der Verdrängung ihrer eigenen Kriegsschuld und -verbrechen und zweifelte die Vernichtungsgeschichte der europäischen Juden an. Auch wenn Barnes eine Ausnahme war, «gaben die Argumente der Revisionisten für die Holocaust-Leugner einen idealen Hintergrund ab», indem diese deren Denkrichtung für ihre Zwecke «kidnappten», wie die Verfasserin eindrücklich mit ihrem Buch darstellt.

Lipstadt macht Frankreich als Geburtsstätte der Holocaust-Leugnung aus, wo sie in Maurice Bardèche und Paul Rassinier «ihre ersten Fürsprecher fand». Während es sich bei Bardèche um einen bekannten Faschisten handelte, war Rassinier aus anderem biographischen Holz geschnitzt. Er war Kommunist, dann Sozialist, schloss sich während der deutschen Besetzung der Résistance an, geriet in Gefangenschaft und kam danach in die Konzentrationslager Buchenwald und Dora. Als Sozialist wurde er 1945 für ein Jahr Mitglied der französischen Nationalversammlung und begann dann mit «einer rastlosen schriftstellerischen Produktivität, konzentrierte sich überwiegend auf die Rehabilitierung der Nazis, indem er darzulegen versuchte, dass die Beschuldigungen gegen sie wegen ihrer angeblichen Grausamkeit übersteigert und ungerecht seien.» (Lipstadt) Als ehemaligem Widerstandskämpfer gelang es Rassinier mit solchen Äusserungen einige Verwirrung zu stiften. Dabei operierte er mit einer Mischung aus Lügen, Halbwahrheiten und aus dem Zusammenhang gerissene Zitate. Die Überlebenden würden ihre Erfahrungen aufbauschen, für die entsetzlichen Zustände der Lager wären nicht SS sondern die von ihr betrauten Häftlinge verantwortlich, Berichte über Gewalttätigkeiten tat er als Gerede ab, ausserdem stellte er die Zahlen der ermordeten Juden in Frage. O-Ton Rassinier: «Wenn es um Mengenangaben geht, haben die "Zeugen" die unwahrscheinlichsten Dinge erzählt. Ähnliches gilt für die Beschreibung der Tötungsmethoden und ihrer Durchführung.»

Rassinier und Bardèche, oder die amerikanischen Apologeten Barnes und App, deren Wirken im Buch ebenfalls breit dargestellt wird, gehörten zu der Generation Leugner, die der Öffentlichkeit Glauben zu machen versuchten: Ja, es hat einzelne Übergriffe und Verfehlungen gegeben, aber die Täter handelten immer auf eigene Faust. Die Nazis selbst hätten keine offizielle politische Linie zur Vernichtung der Juden durch Gaskammern verfolgt. Rassinier, der später auch die Existenz von Gaskammern abstritt, schrieb in seinen frühen Büchern, dass vermutlich Menschen durch Gas umgekommen seien, sicherlich aber nicht in so grosser Zahl. Diese Leute verleugneten also nicht grundsätzlich den Tatbestand, sondern richteten ihr Ziel daraufhin aus, die Nazis und damit auch deren antisemitische Ideologie zu verteidigen, indem sie schrieben: Die Juden seien letztlich selbst schuld, da sie Deutschlands Feind waren, Schuld an Deutschlands finanzieller und politischer Not hatten, Hauptnutzniesser des Weimarer Chaos waren, schlechte Patrioten, Spione, Umstürzler etc.

Diese Form der «Reinwaschungspolitik» wurde durch die Holocaust-Lügner während den 70er Jahren aufgegeben: zu offensichtlich war der Antisemitismus der Nazis. Sie begannen sich anderer Methoden zu bedienen, «da rechtfertigen und abstreiten, ihre Glaubwürdigkeit untergraben würde». (Lipstadt). Sie machten «Zugeständnisse» etwa in der Art, dass Nazis Juden umgebracht hätten, verleugneten aber entschieden die systematische Judenvernichtung. Die zweite Hälfte des Buches befasst sich eingehend mit dieser geänderten Strategie der Holocaust-Leugner. Ausführlich kommt deren Versuch zur Sprache, die effektive Zahl der in den Konzentrationslagern getöteten Juden, mittels Verfälschung von Statistiken und Zahlenmanipulationen zu beschönigen, so zum Beispiel in dem 1974 in London erschienen Pamphlet «Did Six Million Really Die? The Truth at Last» von Richard Harwood. Die neuen Publikationen kommen nun pseudowissenschaftlich aufgemacht daher, korrekte und gefälschte Zitate werden reichlich verwendet, glatte Lügen werden mit teilweise zutreffenden Details zusammengemixt, Fussnoten verweisen auf einen Anhang mit Quellenangaben. Was aber scheinbar seriös daherkommt, hält einer genauen Überprüfung nicht stand. Anhand vieler Beispiele zeigt Deborah E. Lipstadt auf, wie diese Exponenten in Wirklichkeit arbeiten. Selbst vor Publikationen, die ihren Intentionen nicht entsprechen, machen sie nicht halt: Sie krempeln Inhalte durch selektives Zitieren vollständig um. So missbrauchte der bereits erwähnte Harwood für seine «Beweisführungen» den dreibändigen Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) über dessen Bemühungen für Internierte und lässt darin gemachte Aussagen vollkommen anders klingen. Unverfroren schreibt er, auf keiner der insgesamt 1'600 Seiten des Berichts, werde «so etwas wie eine Gaskammer» auch nur erwähnt. Wer sich die Mühe macht das Dokument selbst zu studieren, wird feststellen, dass Harwood entscheidende Schlüsselpassagen des Reports ganz einfach ignoriert. Das IKRK hält fest, Juden waren unter dem Naziregime «vogelfrei» und «aufgrund einer unbarmherzig rassistischen Gesetzgebung zu permanentem Terror, Verfolgung und systematischer Vernichtung verurteilt». Gaskammern, die als Duschkabinen getarnt waren, habe es nie gegeben, schrieb Harwood weiter. Das IKRK hätte sich in ihrem Bericht über Duschen und Bäder in verschiedenen Lagern dazu geäussert und festgehalten, dass die Organisation bei Feststellung von Mängeln und Mißständen sofort einschritt, «damit die Installationen verbessert, repariert und ggfs. vergrössert wurden». Damit sei klar, dass Duschen als Duschen funktionierten. Das erwähnte Zitat ist für einmal sogar richtig. Nur

beschreibt es nicht Zustände in deutschen Konzentrationslagern, sondern bezieht sich auf alliierte Lager zur Internierung von Zivilisten in Ägypten.

Dieser Arbeitsstil wird durchs Band weg von allen Holocaust-Leugnern mehr oder weniger verwendet. Deborah E. Lipstadts Verdienst ist es, diese vielen «sauberen» Männer (z.B. Ernst Zündel, David Irving, Robert Faurisson) und wenigen Frauen beim Namen zu nennen und sie immer wieder der Lüge zu überführen. Wir sehen wie und warum zur Geschichtsumwandlung von ihnen das Institute for Historical Review gegründet wird, oder wie intensiv und mit einigem Erfolg bei den Studentinnen und Studenten die Garde der Leugner versucht, seit Beginn der 90er Jahre die Colleges der USA zu ihrem Betätigungsfeld zu machen. Ein längerer Abschnitt beschäftigt sich mit der Figur Fred A. Leuchter aus Boston, dem selbsternannten «Spezialisten und Ingenieur für die Konstruktion und Installation von Exekutionsvorrichtungen». Nach einem dreitätigen Besuch der Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und Majdanek, gelangte er zum Schluss, an keinem der besuchten Orte sei es je zu tödlichen Vergasungen gekommen. Diesen Befund fasste er in «The Leuchter Report: An Engineering Report on the Alleged Execution Gas Chambers at Auschwitz, Birkenau, and Majdanek, Poland» zusammen. Deborah E. Lipstadt weisst nach, wie inkompetent, fahrlässig, dilettantisch und sensationshascherisch Leuchter seine Arbeit gestrickt hat, aber auch, dass dieser sich Berufstitel bedient, die seiner Ausbildung nicht entsprechen. Lipstadts bitteres Fazit: «Unter rationalen Gesichtspunkten sollte dem Leuchter-Report kein anderes Schicksal beschieden sein, als in den Mülleimer der Geschichte zu wandern. Doch der Holocaust und - zu einem kaum geringeren Grad - die Holocaust-Leugnung selbst stehen als Mahnmale dafür vor uns, dass das Irrationale sogar auf die Wohlmeinendsten eine fatale Anziehungskraft ausübt.»

Das Kapitel «Die Wacht am Rhein» beschäftigt sich mit dem von Ernst Nolte initiierten «Historikerstreit» in Deutschland und dessen Auswirkungen auf die bundesdeutsche Innenpolitik (Bitburg). Ernst Nolte, Michael Stürmer, Joachim Fest und andere versuchen als Deutsche eine «bereinigte Version» deutscher Geschichte zu fabrizieren, indem sie den Holocaust mit anderen entsetzlichen Geschehnissen des 20. Jahrhunderts auf eine Stufe stellen. Auch wenn die Verfasserin feststellt, dass diese Historiker keine verkappten Holocaust-Leugner seien, hält sie richtigerweise fest, dass diese mit ihrem Relativismus, in gewisser Hinsicht «eine heimtückischere Gefahr» darstellen, als die direkten Leugner, weil Nolte & Co. «weitaus rechtschaffener» daherkommen.

Deborah E. Lipstadt präsentiert faktenreiches biographisches Material zu den Holocaust-Leugnern, indem sie deren Lebensläufe für sich allein sprechen lässt, d.h. sie analysiert nicht sozialpsychologisch wie diese zu ihrem verquerten Denken gekommen sind, sondern beschreibt deren Arbeitsweise und vermittelt somit auch Strategien und Einsichten, wie diesen begegnet werden kann. Die fremdenfeindlichen und rassistischen Vorkommnisse der letzten Zeit*, oder auch der populistische und «hemdsärmlige» Politstil etablierter bürgerlicher Politikerinnen und Politiker, zeigt leider allzudeutlich, dass der Schoss für deren Modus operandi mittlerweile wieder sehr fruchtbar geworden ist. Durch stete Wiederholung von Lügen wird etwas zwar nicht richtiger, dem zum Trotz, oder gerade deswegen, ist die Bereitschaft leider gestiegen, diesen Verleugnern, Verharmlosern und Relativisten auf den Leim zu kriechen. Deborah E. Lipstadt entlarvt diese extremistischen Antisemiten und deren widerliche Ideologie. Die Leugnung des Holocaust ist nicht mehr nur eine Sache, die nur innerhalb eines skurrilen rechtsextremistischen Milieus Beachtung findet, sondern die Theorie der «Auschwitz-Lüge» ist Mittel zum Zweck: der rechtsradikalen und faschistischen Unterwanderung der demokratischen Gesellschaften. Darauf entschieden aufmerksam gemacht zu haben, ist Deborah E. Lipstadt besonderer Verdienst. ❑

* vgl. hierzu z.B. Regula Bähler: Die rechtsradikale Szene in der Schweiz; eine Einschätzung und eine Chronologie. Hrsg.: Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS) und Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA). Zürich 1994. 4. überarb. Aufl. 115 S.

Deborah E. Lipstadt. Betrifft: Leugnen des Holoaust. Zürich: Rio Verlag, 1994. 319 S., Fr. 44.--



August Bebel und die Schweiz

Zur Veranstaltung des Fördervereins der Studienbibliothek mit Ursula Herrmann, Berlin

Vor gegen vierzig Personen referierte am 25. August Prof. Ursula Herrmann, Berlin, auf Einladung des

■ von Gabi Einsele

Fördervereins der Studienbibliothek zum Thema «Bebel und die Schweiz». Die Bebelforscherin, -herausgeberin und -biographin, welche an der Humboldt-Universität studiert hatte, verstand es ausgezeichnet, Bebel im Umfeld seiner Zeit zu skizzieren. U.a. machte sie auf das Verdienst der ArbeiterInnenbewegung, für die sogenannte soziale Frage wie auch für die Frauenfrage überhaupt erst ein Bewußtsein (mit-)geschaffen zu haben, aufmerksam.

Bebel und die Schweiz - die Verbindung war eine freundschaftliche, sehr enge, laut das Resumé ihres Vortrages. August Bebel, der lange mit seiner Familie in Küsnacht im Dachstock eines grossen Landhauses wohnte und arbeitete, mischte sich bewusst jedoch in die schweizerische Politik nicht ein. Hingegen hatte Bebels Schwiegersohn Ferdinand Simon, der in Zürich als Bakteriologe wirkte und starb, hier viele Freunde.

Frau Hermann, die, wie so viele ehemalige DDR-WissenschaftlerInnen zwangsweise vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde, ist weiterhin für die Bebel-Forschung aktiv, doch haben sich Publikations- und Finanzierungsmöglichkeiten durch die «Deutsche Einigung» für die Geschichte der Arbeiterbewegung massiv verringert.

Das Publikum, worunter sich etliche profunde Bebelkenner befanden, machte von der Möglichkeit, mit der Fachfrau zu debattieren, regen Gebrauch. Es teilte die Meinung der Referentin dabei nicht immer. Dies ergab eine spannende Diskussion, die von klugen und souveränen Beiträgen Ursula Herrmanns ebenso wie seitens der TeilnehmerInnen geprägt war. ❑

Amalie & Theo Pinkus-De Sassi:
Leben im Widerspruch

Buchvernissage

zur Neuausgabe der Biographie von
Rudolf M. Lüscher und Werner Schweizer,
mit einem Nachtrag 1987 bis 1994
von Jürg Frischknecht

Eine Veranstaltung der Pinkus Genossenschaft,
des Limmat Verlag und der Studienbibliothek

Donnerstag, 29. September 1994, 20 Uhr
Buchhandlung Pinkus Genossenschaft
Froschaugasse 7 8001 Zürich ☎ 01/251 26 74

Wo manch kleine Leut,
aber auch manch grosse Leut liegen:

Rundgang im Friedhof Sihlfeld A

auf den Spuren von Marie Heim-Vögtlin, August Bebel, Susanne von Orelli, Gottfried Keller, Eugen Steinemann, Theo Ginsburg, Emilie Kempin-Spyri, Edgar Woog, und ... ?

Kostenlose Führung mit Trudi Weinhandl u.a.
Dauer ca. eineinhalb Stunden

Freitag, 14. Oktober, 16 Uhr
Alte Hauptporte
Aemtlerstr./Zypressenstr.

Italien:
Kann der Faschismus Fuss fassen?

Veranstaltung mit Giorgio Gomel
von der Gruppe «Ebrei per la Pace»
(Juden für den Frieden), Rom

Sonntag, 23. Oktober, 20 Uhr
im Clubraum der Roten Fabrik
(mit Simultan-Übersetzung)

Eine gemeinsame Veranstaltung der Vereinigung kritischer Jüdinnen und Juden der Schweiz, der Colonia Libere Italiane, der Studienbibliothek, der IGRF und der WoZ

Die politische Landschaft in Italien hat sich seit den Wahlen von Ende März verändert. Ausschlaggebend ist nicht, ob die «Forza Italia» wirklich faschistisch ist, sondern dass die «Lega Nord» mit ihrer Präsidentin der Abgeordnetenkammer, der bekannten Antisemitin Irene Pivetti, und die «Alleanza Nazionale» («Man sollte Schwule und Lesben ins Konzentrationslager schicken») jetzt auch an der Regierungsmacht beteiligt sind und dank Berlusconi immer mehr an Einfluss gewinnen. Giorgio Gomel ist Ökonom und Spezialist für Internationale Beziehungen. Er wird die rassistischen Tendenzen der neuen Regierung, die Tradition des Antisemitismus vin 1943 bis heute darstellen und schildern, wie er sich dabei als Jude fühlt.

studienbibliothek*info* Impressum

Hrsg. Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Quellenstrasse 25, Postfach 3312, CH-8031 Zürich, ☎ 01/271 80 22 • Fax 01/273 03 02

Redaktion: Peter Brunner Auflage: 2'000
Druck: bokos druck GmbH, Zürich